

b unabhängige Bauernstimme



Juni 2016
 Nummer 400 – K 12858 / 3,45 €



Angeführt von Treckern ziehen zehntausende Menschen durch Hannover, um gegen ein undemokratisch ausgehandeltes Abkommen zu demonstrieren, dass bäuerliche Interessen und soziale Standards missachtet.



Der Ökomarkt ist der Nische entwachsen, die Produkte sind in jedem Supermarkt zu finden. Das birgt neue Schwierigkeiten, aktuell streitet die EU um Pestizidgrenzwerte in Ökoprodukten.



Interessensvertretung auch in sozialen Fragen war der ABL in ihrer Geschichte immer ein Anliegen. Nun stellt sich mit einem Verbändebündnis erstmals eigene Listen für die Sozialwahl 2017 auf.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Unabhängige Bauernstimme

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern · Gegründet als Bauernblatt 1976

Nr. 100, März 1989
 E 4373 E
 Verlag: Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (BAUERNBLATT) e.V.
 Nordheda 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück, Postvertriebsstück E 4373 E, ISSN-Nr. 0934-4632
 Einzelpreis DM 2,-



100. AUSGABE

40 Jahre - Nr. 400



Die Seite 3

TTIP-Leaks: Rinderhälfte gegen Kühlerhaube 3



Agrarpolitik

Gentechnik für Afrika 4
 US-Konzerne übernehmen Märkte. 5
 German Angst ums Öko-Recht 16
 Afrika, das neue Spielfeld der Agrarkonzerne 18



Bewegung

Erste bundesweite Wahl 6
 Erster Mai als Leiharbeiter 6
 Gegen den Verband. 8
 Willkommenskultur bei Penny 17



Gentechnik

Gentechnikindustrie macht Druck 7



Schwerpunkt

Strukturbruch politisch gewollt 11
 "Milchmenge runter" vom Kartellverbot freigestellt 12
 "Ich erwarte konkrete Ergebnisse" 13
 "Eine faire Aufteilung der Erlöse muss kontrolliert werden" . . 14

Weitere Themen

Zu Besuch bei Günther Völker und Anton Brandl, Seite 9; Jubiläum, Seite 10; Nachbau, Seite 15; Landleben, Seite 19; Hofportrait, Seite 20; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Weiter als gedacht

Wer hätte das noch vor wenigen Monaten erwartet: Nach dem EU-Ministerrat und der EU-Kommission haben auch die deutschen Länderagrarminister den Weg freigemacht für eine freiwillige Reduzierung der Milchmenge auf Molkereiebene. Jetzt überschlagen sich Verbände und Politiker aller Couleur mit Vorschlägen zur Rettung der Milchbauern. Selbst Aussitz-Minister Schmidt will einen Milchgipfel einberufen, allerdings ohne Milchbauern und kritische Agrarminister, sondern nur mit den Verbänden, die die Krise verursacht haben. Sogar die Kanzlerin meldet sich zu Wort und kündigt Hilfen für Bauern an.

Das Medienecho ist gewaltig, alle großen Tageszeitungen setzen das Thema Milch auf die Titelseiten. NGOs vom BUND bis zum Tierschutzbund stellen sich an unsere Seite. Die Verbraucher unterstützen uns ohnehin, fast jeder ist bereit, für Milch einen fairen Preis zu bezahlen. Der gesellschaftliche Rückenwind für die bäuerliche Landwirtschaft ist enorm. Das ist dem stetigen, zähen Kampf der Milchbauern für ihre Betriebe zu verdanken, wie jetzt gerade wieder bei der „Belagerung“ von Schmidts Wahlkreisbüro durch den BDM. Und was das Wichtigste ist: Auch die meisten Bauern kommen zu der Erkenntnis, dass weniger melken der einzige Weg ist, um schnell wieder zu besseren Preisen zu kommen; und sie sind dazu bereit und in der Lage.

So weit, so gut! Aber was machen die Molkereien? Statt dem Handel in den anstehenden Verhandlungen über die Trinkmilchpreise zu signalisieren: „Wir gehen runter mit der Menge!“, schließen sie übereilt zu Preisen ab, von denen kein Bauer leben kann! Auch hier geht die größte deutsche Molkerei DMK wieder mit schlechtem Beispiel voran und zeigt damit, dass ihr die Existenz ihrer Mitglieder und Lieferanten völlig egal ist. Es ist bitter: Gerade jetzt, wo die Rettung eigentlich zum Greifen nahe ist, geschieht das, was nach der Milchkrise 2009 wohl niemand mehr für möglich gehalten hätte: Die Milchpreise stürzen zumindest im Norden wieder in Richtung 20 Cent und darunter ab. Die Nutznießer des unregulierten, „freien“ Marktes entfalten sich in ihrer ganzen Brutalität und drohen die Milchbauern zu vernichten. Immer deutlicher wird, dass diese Milchkrise kein Betriebsunfall ist, nein, sie ist die logische Folge einer falschen Agrarpolitik gegen die Bauern und für die Konzerne. Bauernverband, Molkereiindustrie und Bundesregierung haben sie in den letzten Jahren konsequent betrieben: Erst Erhöhung und dann Wegfall der Quote, freie Liefermöglichkeit, Wachstum mit Hilfe staatlicher Förderung in gesättigten Märkten, Export nicht mehr als Ventil für Übermengen, sondern als Kern der Strategie, und Ausbau der Verarbeitungskapazitäten der Molkereien mit zunehmender Konzentration. Der drohende Strukturbruch ist geplant und gewollt! Die Milcherzeuger sollen dem Weg der anderen Viehhalter in industrielle Strukturen folgen. Die Gesellschaft will das nicht. Sogar marktliberale Medien fragen nach dem Sinn einer solchen Entwicklung.

Wir müssen jetzt die Verantwortlichen ganz klar benennen. Jeder Politiker, jeder Ehrenamtliche in Molkereien und Verbänden muss Farbe bekennen, wofür er steht. Mit Unterstützung der Gesellschaft können wir sie vor uns hertreiben. Dazu müssen Bäuerinnen und Bauern jetzt noch einmal Frust und Resignation überwinden und gemeinsam den Kampf um ihre Höfe aufnehmen. Das wird uns keiner abnehmen!

*Ottmar Ilchmann,
 Milchbauer im AbL-Bundesvorstand*

Damals wie heute aktuell

Unser Titelbild zur 400. Ausgabe der Unabhängigen Bauernstimme (Gegründet 1976 und bis 1987 als Bauernblatt veröffentlicht), greift das Titelbild der 100. Ausgabe vom März 1989 auf. Die Schrift wie auch das Layout haben sich über die Jahre immer wieder gewandelt - die ersten Ausgaben kamen völlig ohne Bilder aus - aber die Inhalte sind stets ein aktueller, kritischer Blick auf die Agrarpolitik aus bäuerlicher Sicht. Und nach wie vor gilt: Es kommt auf die Eigeninitiative und Solidarität der Bäuerinnen und Bauern an, dann schaffen viele Einzelne gemeinsam politischen Druck.

TTIP-Leaks: Rinderhälfte gegen Kühlerhaube

Kurz nach der Demo „TTIP & CETA stoppen“ mit 90.000 Teilnehmern folgte der TTIP-Leak

Wir haben bewegte Zeiten in der Landwirtschaft. Meine Verwandten im Weser-Elbe-Gebiet melken seit einem halben Jahr für einen Milchpreis unter 30 Cent und zuletzt 23 Cent“, sagte Georg Janßen, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in seiner Rede vor 90.000 Teilnehmern der Anti-TTIP-Demo in Hannover. „Und es gibt eine erste Molkerei in Nordrhein-Westfalen, die zahlt im April 15 Cent aus, das geht an die Nieren“, so Janßen weiter. „Das ist brutal, das ist Strukturzerstörung. Und wenn dazu noch bei den geplanten Freihandelsabkommen die Zollschranken fallen und noch mehr Milch, noch mehr Fleisch auf die Märkte kommen, dann werden die Preise noch weiter in den Keller gehen und deshalb haben wir gute Gründe, als Bauern für einen gerechten Weltmarkt, für faire Preise und gegen diese Freihandelsabkommen aufzutreten.“ Der Demozug wurde beeindruckend von 33 Bäuerinnen und Bauern mit Treckern angeführt, die mit Transparenten und Schildern geschmückt waren.

Nicht gewollte Öffentlichkeit

Die „guten Gründe“ erreichten neun Tage später das Licht der Leitmedienwelt. In den TTIP-Leaks von Greenpeace Niederlande wurde darauf verwiesen, dass mit TTIP mehr Gentechnik und weniger Schutz vor Umwelt-, Klima- und Chemiesünden kommen wird. Solche Informationen sind nicht neu. Dennoch verfestigen sie sich in den „durchgesickerten“ TTIP-Papieren, die die Positionen der USA und der EU aufzeigen und somit als konsolidierte Fassung bezeichnet werden. In dem TTIP-Papier zum Marktzugang ist zu lesen, dass auch die Verhandlung um die Zölle ein dickes Brett ist. Es ist geplant, dass die Verhandlungen über besonders sensible Bereiche bis zum Schluss aufgeschoben werden. Dieses Verfahren wird in dem TTIP-Papier zynischerweise als „Endgame“ bezeichnet. Für diese Phase bewahren sich die USA in erster Linie ihre Zölle für den Autosektor. Die EU will u. a. die Marköffnung für Rindfleisch in diese letzte Phase tragen. Dann wird etwa der Rindfleischsektor gegen die Automobilbranche ausgespielt.

Aber noch mehr Marköffnung ist geplant. Für 281 EU-Zolllinien soll noch verhandelt werden, wie hoch die

zollfreie Quote sein wird, die die USA künftig in die EU exportieren sollen. Davon betroffen sind allein 128 Zolllinien Rindfleisch, Schweinefleisch und Geflügel. Wie hoch die zollfreie Quote ausfallen könnte, darauf gibt der fertige Vertragstext des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) einen Vorgeschmack: 80.549 Tonnen Schweinefleisch sollen künftig aus Kanada in die EU geliefert werden und 50.000 Tonnen Rindfleisch, wenn hormonfrei erzeugt. Die USA werden sich damit lange nicht zufrieden geben. Und das Interesse der US-Agrarindustrie ist groß. Deren Cheflobbyist David Salmonsen lässt sich in der Wochenzeitung „Die Zeit“ zitieren: „Wir gehen fest davon aus, dass der Absatz unserer Fleischprodukte deutlich steigen wird, auch für die Landwirtschaft ist es ein sehr bedeutendes Abkommen.“ Da die US-Wirtschaftsleistung und die Bevölkerungszahl gegenüber Kanada das Zehnfache betragen, könnten sie auch auf mindestens die zehnfache Erhöhung im Interesse der US-Fleischindustrie beharren. Das würde, auch wenn es nur ein Rechenbeispiel ist, rund 850.000 Tonnen Schweinefleisch (3,7 Prozent der europäischen Schweinefleischerzeugung) oder 500.000 Tonnen mehr Rindfleischimporte (6,4 Prozent der europäischen Rindfleischproduktion) aus den USA bedeuten.

Gorgonzola aus den USA

Im Milchsektor hat die EU in ihrem Zollvorschlag aus dem letzten Jahr bereits angekündigt, dass sie bereit ist, die Zölle etwa für Käse wie Roquefort, Gorgonzola, Emmentaler, Gruyere, Bergkäse, Appenzeller, Cheddar, Edamer, Tilsiter, Butterkäse, Feta und Brie auf Null senken zu wollen, wenn die USA ebenfalls im Milchsektor entsprechende Gegenleistungen bringen. Die EU-Molkereiindustrie hofft, Produkte in den USA absetzen zu können. Diese Logik setzt aber voraus, dass die europäischen Milchpreise weiterhin tief genug sind, damit sich die Exportträume der Molkereien auch realisieren können. Dass über die Zölle erst am Ende verhandelt wird, birgt auch die Gefahr, dass bäuerliche Organisationen und die Zivilgesellschaft darauf keinen Einfluss mehr nehmen können.

Die EU-Kommission will hinsichtlich der Standardaufweichung jetzt schon Vorleistungen zu TTIP gewäh-

ren, etwa durch die geplante Zulassung von Essigsäure zur Oberflächenbehandlung von Geflügelschlachtkörpern in der EU. Die AbL hat immer wieder darauf verwiesen, dass solche Standardaufweichungen nicht akzeptabel sind. „Dadurch wird unsere Prozessqualität ausgetauscht durch eine Produktqualität, die in den USA vorherrschend ist“, sagt Gertraud Gafus, AbL-Bundesvorsitzende. „Das bedeutet, egal wie produziert wird, am Ende der Prozesskette wird das Produkt durch ein Chemiebad ‚keimfrei‘ gemacht werden. Unsere Prozessqualität muss erhalten und verbessert werden. Außerdem ist zu befürchten, dass die Zulassung von Essigsäure nur der erste Schritt zum Chlorhühnchen ist.“

US-Geflügelplut

Anlässlich der jüngsten TTIP-Verhandlungsrunde in New York Ende April hat die EU-Kommission angekündigt, die EU-Zulassung zur Behandlung von Geflügelschlachtkörpern mit Essigsäure aufzuschieben. „Das ist sicher auch ein Erfolg der bisherigen zivilgesellschaftlichen und bäuerlichen Aufklärungsarbeit zu diesem Thema“, sagt Gafus. „Aber es reicht noch nicht aus. In den TTIP-Verhandlungen muss die EU jetzt deutlich machen, dass sie solche Verfahren strikt ablehnt.“ Durch TTIP und auch durch die vorausgehenden Maß-

nahmen der Standardaufweichung würden gemäß der jüngsten Studie des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA) die US-Geflügelexporte in die EU um 18,03 Millionen US-Dollar steigen. Da derzeit kaum Geflügel aus den USA die EU erreichen, würde die Steigerung in Prozent ausgedrückt bei 33.505 Prozent liegen.

Die Kritik gegen TTIP verbreitert sich in der deutschen Landwirtschaft. 3.250 Bäuerinnen und Bauern haben sich an einer Umfrage von Topagrar.com zu TTIP beteiligt. Davon haben sich 83 Prozent gegen TTIP ausgesprochen, „weil dann bewährte EU-Standards unter Druck geraten und die Landwirtschaft noch stärker in die Kritik kommt“.

Auch in den USA gibt es Widerstand gegen TTIP. „TTIP ist ein weiteres Freihandelsabkommen, das die Zahl der kleinen Betriebe reduzieren wird“, sagt Jim Goodman, Biomilchbauer in den USA, und Mitglied der National Family Farm Coalition (NFFC) gegenüber der Bauernstimme. Und Lori Wallach von der größten Verbraucherschutzorganisation der Welt, Public Citizen, sagte in ihrer Demorede in Hannover: „Ich bin Amerikanerin und ich bin gegen TTIP. Gegen TTIP zu sein, ist nicht antiamerikanisch.“

Berit Thomsen,
AbL, Internationale Agrarpolitik



1994: Ein unterschiedliches Verständnis von landwirtschaftlichen Produktionsstandards hüben und drüben des Atlantiks sorgen nicht nur zur Zeit der TTIP Verhandlungen sondern seit Jahrzehnten für politischen Zündstoff. 1994 berichtete die Bauernstimme über eine von kämpferischen AbL Bäuerinnen und Bauern mitgegründete bundesweite Kampagne für ein Verbot des gentechnisch hergestellten Rinderwachstumshormons rBST zur Milchmengensteigerung - verkauft vom US-Agrarchemiekonzern Monsanto. Foto: Archiv

Gentechnik für Afrika

In Afrika versuchen die Konzerne mit ihren Gentechpflanzen der ersten Generation noch mal richtig Geld zu machen

Während in Europa und insbesondere in Deutschland schon gegen die „neuen“ Gentechnikverfahren gestritten wird, erlebt der afrikanische Kontinent eine bisher nicht da gewesene Welle von Feldversuchen mit kommerziellem Hintergrund und Zulassungsanträgen für den kommerziellen Anbau von GVOs. Am weitesten sind die Zulassungsanstrengungen bei GVO-Baumwolle. In Malawi wurde der kommerzielle Anbau von Bt-Baumwolle schon 2013 im Abkommen mit der G8 New Alliance durch Monsanto angekündigt. Monsanto hätte sich zu diesem Zeitpunkt nicht träumen lassen, dass der kommerzielle Anbau 2016 immer noch nicht genehmigt sein würde. Dies kann aber nicht über die äußerst prekäre Situation in Malawi hinwegtäuschen, denn gleichzeitig hat die Zivilgesellschaft zurzeit keine Kapazitäten, auch noch die Feldversuche mit GVO-Bananen und GVO-Mais zurückzudrängen. Auch mit Blick auf GVO-Baumwolle ist zu befürchten, dass die Zulassung nicht dauerhaft blockiert werden kann.

Viele Befürworter

Ähnlich sieht es in Nigeria aus, auch dort wird die Kommerzialisierung von GVO-Baumwolle vorangetrieben, obwohl gerade im Fast-Nachbarland Burkina Faso der kommerzielle Anbau von Bt-Baumwolle gescheitert ist. In Nigeria hat sich eine große Koalition von über hundert Organisationen, welche mehr als fünf Millionen Menschen repräsentieren, gegen den Anbau von Bt-

Baumwolle und die ebenso geplanten GVO-Mais-Feldversuche formiert. Ob es zu einer Zulassung kommt, ist wie immer unklar. Doch der für die Zulassung zuständige Direktor der nigerianischen Biosicherheitsbehörde hat in einem Interview keinen Zweifel daran gelassen, dass er GVOs für sicher hält, die europäische Zurückhaltung mit Blick auf GVOs nicht verstehen kann und sich jeden positiven Bezug auf Europa in der nigerianischen Debatte verbietet. Weiter stellt er klar, dass es auch nigerianische Wissenschaftler und Institute seien, die an den GVOs arbeiten.

Die Abgrenzung vom europäischen Umgang mit GVOs ist bei vielen afrikanischen Entscheidungsträgern inzwischen so klar und deutlich, dass es nicht überrascht, wenn sich Monsanto in Europa traut, auf den Bericht des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments zur G8 New Alliance, in dem auch die Propagierung von GVOs durch die G8-Allianz kritisiert wird, mit dem Vorwurf des Neokolonialismus an das EU-Parlament zu reagieren. Der Direktor der nigerianischen Biosicherheitsbehörde ist nur die Spitze des Eisbergs von Gentechnikbefürwortern in Afrika.

Etablierte Netzwerke der Konzerne

Die großen Saatgutkonzerne, wie Bayer, Dupont, Monsanto und Syngenta, haben in den letzten Jahren zusammen mit der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, USAID und AGRA (Alliance for a Green Revolution in Africa) ein gut verwobenes Netzwerk von Gentechnik-

profiteuren und -befürwortern in Regierungen, Ministerien, wissenschaftlichen Instituten und der Wissenschaftsgemeinschaft quer durch den afrikanischen Kontinent aufgebaut. Insbesondere für Wissenschaftler war und ist die Forschung an und zu GVOs häufig die einzige Möglichkeit, eine wissenschaftliche Karriere zu starten, denn in diesem Sektor gibt es Stipendien über Gates, AGRA und USAID sowie die Möglichkeit, Zugang zu renommierten US-Universitäten zu bekommen. Gleichzeitig floss und fließt viel Geld der Entwicklungszusammenarbeit in diesen Bereich.

Unbedingt beachtenswert und auch besorgniserregend ist, dass in diese Netzwerke der großen Konzerne systematisch eigentlich von ihnen geschützte Gensequenzen für Forschungsprojekte afrikanischer Wissenschaftsinstitute und afrikanischer Regierungen, gerade mit Blick auf auch von der normalen Züchtung vernachlässigten Pflanzen eingespeist wurden. Dies wurde dann durch finanzielle Hilfe von außen für die Forschungs- und Entwicklungsprojekte (z. B. durch die Gates-Stiftung und andere) sekundiert. Gerade der Fokus auf die vernachlässigten Pflanzen (Kassava, Sorghum, Süßkartoffel, Augenbohne, Straucherbsen und Bananen), aber auch auf Reis, hat der GVO-Technologie zunehmend afrikanische Wurzeln verliehen. Von der internationalen Öffentlichkeit kaum bemerkt finden in diesem Bereich schon teils weit reichende Feldversuche statt. Im Fokus stehen Länder wie Ägypten, Burkina Faso, Ghana, Kenia, Malawi, Nigeria und Uganda. Es muss in Betracht gezogen werden, dass es durch die Feldversuche schon zur Kontamination von Nicht-GVO-Saatgut der genannten Pflanzen gekommen ist. Dies sollte in Zukunft auch beim Export dieser Pflanzen beachtet werden, selbst wenn es nicht zu der angestrebten Kommerzialisierung dieser neuen GVO-Pflanzen kommt.

Ein spezieller Fall ist Südafrika, das Zentrum des GVO-Anbaus in Afrika. Dort wird von Monsanto eine Kommerzialisierung des schon viel beworbenen dürreresistenten (WEMA) GVO-Maises vorbereitet, dies auch vor dem Hintergrund der starken Dürre im südlichen Afrika. Klagen der Zivilgesellschaft, die auch die Effektivität des Maises infrage stellt, sind gegen die ersten Feldversuche anhängig.

Anhand der bereitwilligen Bereitstellung von geschützten genetischen Sequenzen für Forschung mit anschließender Kommerzialisierung, vor allem von lange vernachlässigten afrikanischen Ernährungspflanzen, durch die großen Saatgutkonzerne, derer sie sich auch in der Green Washing Initiative des Access to Seed Index öffentlich rühmen, zeigt sich auf der einen Seite, als wie strategisch wichtig der afrikanische Kontinent weiter betrachtet wird; auf der anderen Seite zeigt sich aber auch, wie sehr die „alten“ Gentechnikverfahren inzwischen schon für die Konzerne entwertet sind. Das große Geld verspricht man sich anscheinend eher von den „neuen“ Gentechnikverfahren auf Basis von CRISPS/CAS u. a. Aus diesem Grund können die genetischen Sequenzen für die „alten“ Verfahren bereitwillig geteilt werden. Afrika wird nun also mal wieder als letzte Ausfahrt für eine inzwischen veraltete Technologie genutzt. Ziel scheint dabei auch zu sein, die GVO-Technologie zu afrikanisieren und so eine neue Akzeptanz für GVOs aufzubauen. In Teilen scheint dies gelungen und Monsanto hat schon begonnen zu zeigen, wie dies in Zukunft gegen die Kritiker der Grünen Gentechnik genutzt werden soll.

Was zählt ist Profit

Dass hinter diesen afrikanischen Aktivitäten der großen Saatgutkonzerne weiter knallharte Geschäftsinteressen stehen, sollte nicht vergessen werden und wird deutlich, wenn man betrachtet, wie strategisch eben diese Konzerne in den letzten Jahren die letzten größeren unabhängigen afrikanischen Saatgutfirmen gekauft haben. Sollten also einmal GVOs in größerem Stil in Afrika angebaut und gehandelt werden, werden sie so sicher profitieren, denn sie haben die Handelsnetzwerke in der Hand. Auch sollte beachtet werden, dass die Frage des Marktzugangs in Entwicklungsländern, also auch den afrikanischen Staaten, eine wichtige Rolle bei den zurzeit ablaufenden Mega-Fusionen im Saatgutbereich spielt. Syngenta hat vor allem auch deshalb positiv auf das Übernahmeangebot von ChemChina reagiert, weil sich das Management so mehr Marktanteile und Umsatzwachstum in den Entwicklungsländern verspricht.

*Stig Tanzmann,
Brot für die Welt*



Ende der 80er: Unter dem Titel "Das Land am Leben erhalten durch bäuerliche Landwirtschaft" waren Bäuerinnen und Bauern der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft mit der Gesellschaft auch in den Städten im Gespräch. Ein Gesellschaftsbündnis, das über die Zeit immer weiter gewachsen ist. Der Blick über den Tellerrand in die Welt hinaus und auf die Auswirkungen unserer hiesigen Agrarpolitik hier wie anderswo schärft bis heute die Perspektive und würzt die Themenpalette der Bauernstimme. Foto: Archiv

US-Konzerne übernehmen Märkte

Ein kanadischer Getreideanbauer über Freihandelsabkommen und CETA

Die Menschen in Kanada haben seit mehr als 20 Jahren Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen Kanada, den USA und Mexiko. NAFTA ähnelt dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das vor der Ratifizierung steht. Was NAFTA gebracht hat und CETA bringen könnte, berichtet Getreideanbauer Terry Boehm. Er bewirtschaftet in der vierten Generation einen Familienbetrieb mit 1.900 Hektar in der kanadischen Provinz Saskatchewan und baut Weizen, Gerste, Raps, Roggen, Bohnen, Linsen, Leinsamen und Senf an. Boehm ist in der kanadischen Mitgliedsorganisation bei Via Campesina, der National Farmers Union (NFU) aktiv, welcher er viele Jahre als Präsident vorstand.

Unabhängige Bauernstimme: Berichten Sie uns von Ihren Erfahrungen mit dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen?

Terry Boehm: Durch NAFTA haben wir in Kanada im Industriesektor Verluste zu verzeichnen. Kanadische Unternehmen wurden von US-amerikanischen aufgekauft, Arbeiter mussten zunächst sinkende Löhne hinnehmen und schließlich sind Arbeitsplätze in US-amerikanische und mexikanische Niedriglohngelände abgewandert. Im Agrarsektor brachen die kooperativen Vermarktungsstrukturen zusammen. In Westkanada hatten wir mit dem „Kanadischen Weizen-Board“ die größte Getreidekooperative, die für die Erzeuger mit Unternehmen weltweit verhandelte. Mit NAFTA und auch der Welthandelsorganisation (WTO) konnte seitens den USA so ein starker Druck auf das Wheat Board ausgeübt werden, dass es schließlich machtlos wurde und wir unsere Erzeugerbündelung verloren haben. Den Markt haben dann US-Konzerne übernommen. Unsere kooperativen Molkeereien haben aufgegeben und der Fleischsektor wird nunmehr von zwei Schlachtunternehmen beherrscht. Außerdem gibt es einen ständigen Druck, dass unsere Standards an die der USA angeglichen werden, was im Resultat immer in eine Aufweichung mündet.

Was ist mit der gentechnikfreien Landwirtschaft?

Es ist sehr schwierig, in Kanada gentechnikfreie Märkte zu erhalten. Das liegt vornehmlich daran, dass hier bereits weitläufig vor allem gentechnisch veränderter Raps angebaut wird und eine getrennte Erfassung nicht etabliert wurde. Biobauern mussten allesamt die Rapsproduktion aufgeben – außer in sehr abgelegenen Gebieten. Vor einigen Jahren wurde eine gentechnisch veränderte Leinsorte zum Anbau zugelassen, aber aus Rücksicht auf die Exportmärkte nie kommer-

ziell angebaut. Ich war einer der Hauptgegner und habe mich an Feldbefreiungen beteiligt. 2001 wurde die Sortenzulassung wieder zurückgenommen. Trotz allem gab es Kontaminationen und der europäische Markt, eines unsere Hauptabsatzgebiete, schloss sich für uns. Es hat Jahre gedauert, die Leinsamenerzeugung wieder sauber zu bekommen und verlorene Märkte in Teilen zurückzugewinnen. Jetzt sind wir konfrontiert mit der gentechnisch veränderten Luzerne, die in Teilen von Kanada zum Anbau zugelassen ist. Auch hier gibt es massiven Widerstand auch mit Unterstützung durch die Bevölkerung.

Mit CETA soll der europäische Käseexport künftig verdoppelt werden, das bedeutet mengenmäßig fast acht Prozent des kanadischen Käsemarktes. Was erwarten Sie?

CETA ist einer von vielen Angriffen auf das System der Mengensteuerung in Kanada, das für Milch, Geflügel und Eier angewendet wird. Zwar hat die kanadische Regierung bisher die Mengensteuerung geschützt, aber immer einige Zollsenkungen zugestanden, die sehr kritisch für das Funktionieren solcher Marktstrukturen sind. Von dem geplanten höheren Marktzugang für europäische Käseexporte werden vor allem Verarbeitung und Vermarktung gefährdet, die hauptsächlich in lokalen, regionalen Strukturen stattfinden. Wir haben eine Milchkommission in jeder Provinz, die die Quoten kontrolliert und die Preise mit den Verarbeitern aushandelt.

Wie schätzen Sie die Bewegung gegen CETA und andere Freihandelsabkommen ein?

Es gibt in Kanada viele Menschen, die kritisch sind. Schon als NAFTA verhandelt wurde, gab es viel Kritik, aber die jeweilige Regierung blieb davon noch unbeeindruckt. So verhielt es sich auch mit allen anderen Abkommen. Während der NAFTA-Text damals noch öffentlich war und diskutiert werden konnte, werden nun alle Handelsabkommen unter Verschluss gehalten. Das schürt die Kritik gegen diese Abkommen. Die Bewegung in Deutschland und Europa gegen CETA und TTIP wird hier wahrgenommen und diskutiert. Es sind die Aktionen in Europa, die uns Hoffnung geben, dass wir CETA verhindern können. Die europäische Gentechnikregulierung beispielsweise hat hier bei uns einen realen Einfluss und war hilfreich, um den Anbau von GV-Leinsamen zu verhindern, um nur ein Beispiel zu nennen. Diese Handelsabkommen schützen die Interessen international agierender Konzerne vor der Politik und dem öffentlichen Interesse.

Vielen Dank für das Gespräch!

Berit Thomsen,
AbL, Internationale Agrarpolitik



Terry Boehm, streitbarer kanadischer Bauer gegen CETA

Foto: privat

Wie viel für die Umwelt?

Nicht erst seit gestern steht die industrielle Tierhaltung wegen der maßgeblich durch ihre Güllemengen verursachten Nitratbelastung der Gewässer in der Kritik. Seit der in den neunziger Jahren von der EU verabschiedeten Wasserrahmenrichtlinie schafft Deutschland es nicht, die Belastungen in Binnengewässern und in der Ostsee wirksam zu reduzieren. Auch der aktuelle Entwurf einer Düngeverordnung wurde von der EU-Kommission kritisiert. Und mehr noch: Nun hat sie Klage beim Europäischen Gerichtshof wegen der dauerhaften Überschreitung der Grenzwerte in Gebieten mit besonders intensiver Tierhaltung eingereicht. Ausbaden müssen es am Ende alle Bauern und Bäuerinnen, wie AbL-Milchbauer und Grünen-Landtagsabgeordneter Bernd Voß aus Schleswig-Holstein betont: Die unverantwortliche Verzögerung der Reform der Düngeverordnung durch Bundesregierung und Bauernverband habe nun einen erhöhten Anpassungsdruck zur Folge. Insbesondere wegen des gravierenden Strukturwandels in der Landwirtschaft stehe die nächste Reform der jetzt diskutierten Düngeverordnung schon vor der Tür. Solche Signale aus Brüssel verstärken einmal mehr die Eindrücke, die die Landwirtschaft in der Bevölkerung hinterlässt. Die aktuelle Naturbewusstseinsstudie, die das Umweltbundesamt jüngst veröffentlicht hat, macht deutlich, dass sich eine Mehrheit der befragten Deutschen einen besseren Umgang der Landwirtschaft mit Umwelt und Tieren wünscht. Der deutsche Bauernverband kontert, es würde schon alles Nötige getan, die Verbraucher wüssten das nur nicht und würden ja auch nicht sagen, dass sie bereit seien, mehr Geld dafür auszugeben. cs

Gentechnikanbau geht zurück

Nach 20 Jahren Gentechnikanbau schrumpften 2015 erstmals die weltweiten Anbauflächen von gentechnisch veränderten (GV) Pflanzen um 1,8 Mio. Hektar auf 179,7 Mio. Hektar – das entspricht 3,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (4,92 Mrd. Hektar). Schon in den letzten Jahren ging die Wachstumsrate stark zurück, 2014 lag sie bei 3 %. Laut Zahlen der ISAAA (Internationaler Service für die Nutzung von Gentechnik in der Landwirtschaft), die die Zahlen jährlich veröffentlicht, ist der weltweite Gentechnikanbau stark konzentriert: Über 90 % findet in fünf Ländern statt: USA (39,5 %), Brasilien (24,6 %), Argentinien (13,6 %), Indien (6,5 %) sowie Kanada (6,1 %). Im Wesentlichen sind es vier Nutzpflanzen: Soja (51 %), Mais (30 %), Baumwolle (13 %) und Raps (5 %). Hauptsächlich haben die GV-Pflanzen eine Herbizidtoleranz (53 %) oder sie produzieren ein eigenes Insektengift (14 %). Wachsend ist der Anteil der GV-Pflanzen, die beide Eigenschaften kombinieren (33 %). Verringert hat sich der GV-Anbau v. a. in den USA um 2,2 Mio. Hektar. Auch in Kanada ging der GV-Raps-Anbau um 0,6 Mio. Hektar zurück. Als Ursachen gelten die geringen Getreidepreise. Um Kosten zu sparen, greifen die Farmer zu gentechnikfreiem Saatgut, einige Saatguthändler verzeichnen dort starke Wachstumsraten. Zudem fragen immer mehr US-Verbraucher Lebensmittel nach, die keine GVO enthalten. Große Hersteller wie General Mills, Hershey's, Del Monte, Unilever, Danone und Campbell's bieten mittlerweile gentechnikfreie Alternativen – oder haben es angekündigt. Auch in Europa sank der Gentechnikanbau gegenüber 2014 um 18 %. 2015 wurden 116.870 Hektar MON 810 Mais angebaut, das sind ca. 0,1 % der europäischen Ackerfläche. av

Erste bundesweite Wahl

Verbändebündnis tritt mit freien Listen treten zur Sozialwahl 2017

Ein Jahr noch, dann ist Sozialwahl. Am 31. Mai 2017 sind alle, die in einer Sozialversicherung kranken-, renten- oder unfallversichert sind, aufgerufen, ihre Stimme abzugeben. Die Sozialwahl bestimmt, wer in den Vertreterversammlungen, also den „Parlamenten“ der Sozialversicherungen sitzt und dort wichtige Entscheidungen über Beitragshöhen und Leistungen trifft.

Auch in der Landwirtschaft wird dann gewählt. Das Besondere hier: Es ist die erste bundesweite Wahl überhaupt. Niemals zuvor in der Bundesrepublik waren alle Bäuerinnen und Bauern, Gärtner, Waldbesitzer und Imker gemeinsam zu einer Wahl aufgerufen. Jetzt ist es soweit. Durch die Zusammenlegung der ehemals acht regionalen landwirtschaftlichen und einen Gartenbau-Sozialversicherungsgemeinschaft zur bundesweiten „Sozialversicherung Landwirtschaft, Forsten, Gartenbau“ (SVLFG) gibt es ab 2017 nur noch eine bundesweite Vertreterversammlung mit insgesamt dann 60 Vertretern.

Dieses Mal wird tatsächlich gewählt. Bisher gab es, mit nur wenigen Ausnahmen (vor allem in Ostdeutschland), bei den Sozialwahlen in der Landwirtschaft stets die „Friedens-

wahl“. Es stand also jeweils nur eine Liste zur Wahl und auf die Abstimmung per Wahlzettel wurde verzichtet. Für die Gruppe der Selbständigen Bauern ohne fremde Arbeitskräfte (SofA-Gruppe) stellten die jeweiligen Landesbauernverbände eine Liste auf. Zeichnete sich ab, dass auch eine andere Organisation über die Aufstellung einer eigenen Liste nachdachte, wurde verhandelt und ihr ein Platz auf der „einen“ Liste zugestanden. Für die Gruppe der Arbeitgeber (mit fremden Arbeitskräften) stellte der Arbeitgeberverband, der mit dem Bauernverband eine Einheit bildet, die Liste auf. Für die dritte Gruppe der Arbeitnehmer stellte die Gewerkschaft IG BAU die Liste auf.

Freie Listen füllen

Jetzt wird es anders sein. Mitglieder verschiedener Organisationen und Zusammenschlüsse (AbL, Arbeitskreis für die Abschaffung der Hofabgabeklausel, BDM, Bioland, Biokreis, Deutscher Berufsimkerbund DBIB, Deutscher Bauernbund, Nebenerwerbsverbände und Bundesverband Deutscher Landwirte VDL) haben sich mehrmals getroffen und am 20. Mai nun zwei freie Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten zu-



1996: Immer mitten drin in der Agrarpolitik: die AbL Bäuerinnen. In den 80er Jahren haben sie im Rahmen grundsätzlicher Auseinandersetzungen über die Rolle der Frauen auf dem Land intensiv für eine eigenständige Bäuerinnenrente gekämpft. Mit der Reform des Agrarsozialgesetzes 1994 konnten sie die Einführung einer solchen als politischen Erfolg feiern. Die landwirtschaftliche Sozialversicherung ist Schatz und verbesserungsbedürftige Baustelle zugleich - und steht heute besonders wegen der Beitragsgestaltung sowie der Hofabgabeklausel und der dahinter stehenden agrarstrukturellen Zielsetzung in der bäuerlichen Kritik. Foto: Archiv

sammengestellt: eine freie Liste für die SofA-Gruppe (Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte) und eine freie Liste für die Arbeitgeber-Gruppe. Diese Freien Listen treten vor allem für eine deutlich gerechtere Gestaltung der Beiträge zur Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) an. Hier lässt der Gesetzgeber der Vertreterversammlung die größte Freiheit. Hier ist der Frust unter den tierhaltenden Bauern, den Waldbesitzern und Imkern

auch besonders groß. Denn deren Beiträge wurden deutlich erhöht, zugunsten flächenstarker Ackerbaubetriebe.

Für die Freien Listen steht als nächstes die Sammlung von jeweils über 1.000 Unterstützer-Unterschriften von Wahlberechtigten an. Mithilfe ist herzlich willkommen!

*Ulrich Jasper,
AbL-Bundesgeschäftsführer
Kontakt: jasper@abl-ev.de*

Erster Mai als Leiharbeiter

Ausgebeutet von Fleischkonzernen, um billige Lebensmittel zu erzeugen

Es geht um Arbeitsverhältnisse. Um prekäre Arbeitsverhältnisse von in der Regel osteuropäischen Menschen – Menschen, die in ihren Heimatländern unter Vorspiegelung eines guten Einkommens von Mittlern angeworben wurden. Wenn sie hier im reichen Deutschland ankommen, sieht dann aber doch alles ganz anders aus. Von den Vermittlern, die als Subunternehmer den Kontakt zu den Unternehmen herstellen, werden vom Lohn noch Miete und Verpflegungskosten abgezogen. Dass die Zustände, unter denen die Arbeiter leben müssen, nicht selten unzumutbar sind, zeigte sich bei einer Untersuchung im Landkreis Vechta. Bei Überprüfungen von mehr als 120 Unterkünften von insgesamt rund 1.300 Arbeitern zeigte sich, dass die hygienischen Bedingungen der Unterbringungen oft unzureichend waren. In der Folge untersagte der Kreis die Nutzung von 400 Schlafplätzen. Derartige Bedingungen überraschen

nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass die Arbeiter sich ein Bett in der Regel mit einem anderen teilen. Wie die Arbeit im Zweischichtbetrieb abläuft, so wird auch das Bett abwechselnd genutzt. Bei den großen Schlachtunternehmen machen die über Subunternehmer angestellten Arbeiter einen hohen Anteil an der Belegschaft aus. Bei Tönnies beispielsweise ist jeder zweite über einen Werkvertrag mit Subunternehmen angestellt. Drei Viertel der Belegschaft sind es gar bei Danish Crown. Andere Unternehmen der Branche halten sich bedeckt und machen keine Angaben.

Offiziell in die Kritik geraten ist dieses Vorgehen der Schlachtunternehmen jetzt durch eine Beschwerde, die der belgische Wirtschaftsminister Johan Vande Lanotte Anfang April bei EU-Arbeitskommissar László Andor gegen Deutschland eingereicht hat. Lanotte beklagt ein wettbewerbsverzerrendes „Sozialdum-

ping“ durch deutsche Fleischverarbeiter. In Belgien müssten die Unternehmen mit 12,88 Euro zum einen höhere Mindestlöhne zahlen, zum anderen seien die ausländischen Arbeiter neben den geringen Löhnen auch nicht in die deutsche Sozialversicherung einbezogen. Neben der Kritik aus Belgien kommt auch immer wieder Kritik vom Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die Mitglieder, Gewerkschaften, Sozialverbände, kirchlichen Einrichtungen, Bäuerinnen und Bauern sowie Umweltschutzorganisationen suchen nach Wegen, die allen ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen.

Faire Bedingungen

Bei der Demonstration zum ersten Mai wurde das System der Leiharbeit unter dem Slogan „Zurück zur Stammebelegschaft“ kritisiert. Die Arbeitslosenhilfe (ALSO) thematisierte die prekären

Arbeitsbedingungen der ausländischen Mitmenschen, die zu einem nicht unbedeutenden Teil zum Wohlstand der Region beitragen. Sicherheiten, Aufenthaltserlaubnis oder schlicht Anerkennung würde ihnen aber versagt.

Prälat Peter Kossen engagiert sich seit langem für die ausgebeuteten Leiharbeiter. In Richtung der Werkvertragsarbeiter rief Kossen: „Wehrt euch! Steht auf! Lasst euch nicht wie Sklaven behandeln! Macht eure Situation bekannt.“ Das freilich ist ohne Unterstützung schwer möglich, weil die Sprache fehlt und die Menschen vor allem mit Druck und Gewalt eingeschüchtert werden. Das weiß natürlich auch Prälat Kossen und spricht den Betroffenen seine Solidarität und die des Netzwerkes „Menschenwürde in der Arbeitswelt“ zu. Von der Politik fordert er: „Das Gesetz zur Regulierung der Werkvertrags- und Leiharbeit muss kommen. Und es muss jetzt kommen!“ mm

Gentechnikindustrie macht Druck

Neue Gentechniken sollen nicht als Gentechnik eingestuft werden

Hat die EU-Kommission im Zuge der TTIP-Verhandlungen ihre rechtliche Einstufung zu den so genannten „neuen Züchtungstechniken“ verschoben und verändert? Dies legen interne Papiere nahe, die jetzt öffentlich geworden sind. Unterdessen werden in den USA erste Pflanzen der neuen Gentechnikverfahren als „gleichwertig“ zur konventionellen Züchtung eingestuft. Auch jetzt wird weiter Druck seitens der Gentechnikindustrie ausgeübt, schließlich stehen viel Geld und ein „Image“ auf dem Spiel.

Eigentlich wollte die EU-Kommission schon Ende 2015 ihre rechtliche Einschätzung darüber, wie sie die so genannten „neuen Züchtungstechniken“ einstuft, bekannt geben. Die Kernfrage ist, ob verschiedene neue Techniken, beispielsweise die neuen „Genome Editing“-Verfahren wie CRISPR/Cas (siehe letzte Bauernstimme), aber auch Techniken, die Gentechnik direkt nutzen, in deren Endprodukt aber keine gentechnisch veränderte DNA mehr vorkommen soll, als Gentechnik eingestuft werden und unter die EU-Gentechnikregulierung fallen – oder nicht. Wenn ja, dann müssten sie einer (zu verbessernden) Risikobeurteilung, einem Zulassungsprozess, der Kennzeichnung und Nachweisbarkeit sowie Monitoring unterzogen werden. Ein Handelshemmnis aus Sicht der Gentechnikindustrie, da dies kostenintensiv ist und ein langwieriger Prozess mit ungewissem Ausgang.

Versteckte Kampagnen

Rund um die Veröffentlichungen der eigentlich geheimen TTIP-Verhandlungspapiere wurden auch interne Kommissionspapiere bekannt, die deutlich machen, dass es massiven Lobbyeinfluss gab, um die angekündigte rechtliche Einstufung der EU-Kommission zu den neuen Techniken zu beeinflussen und zu verschieben. Ans Licht der Öffentlichkeit brachten dies Corporate Europe Observatory (CEO), GeneWatch und Greenpeace. „Die Biotech-Industrie hat eine versteckte Kampagne geführt mit dem Ziel, dass neue Gentechnikprodukte nicht unter die Gentechnikverordnung fallen sollen“, kommentierte Nina Holland von CEO. „Die TTIP-Verhandlungen werden von der Industrie auf beiden Seiten des Atlantiks und der US-Regierung als die perfekte Gelegenheit angesehen, EU-Prozesse zu blockieren. Die Regulierung der neuen Gentechniken ist ein typischer Fall.“ Laut den internen Dokumenten ging die ESA (Eu-

ropäischer Interessenverband der Saatgutindustrie), ebenso wie US-Handelsvertreter, davon aus, dass die Kommission zumindest die ODM-Technik (eine der neuen Züchtungstechniken) in ihrer rechtlichen Interpretation als Gentechnik einstufen wolle. In ihrem Positionspapier machte sie deutlich, dass „unnötige Zulassungsanforderungen und Überwachung solcher Produkte (...) zu ungebührlichen und kostspieligen Regulierungsbelastungen führen und Innovationen behindern würden“. Auch US-Regierungsvertreter warnten die EU-Kommission Anfang November 2015 vor der Implementierung unbegründeter Regulierungshürden bei den neuen Techniken. In dem Brief heißt es: „Wir wissen, dass unterschiedliche Regulierungsansätze zwischen Regierungen bei der NBT-Klassifizierung zu erheblichen Störungen des Handels führen.“ Zunächst wurde der für November anvisierte Veröffentlichungstermin der EU-Kommission auf Anfang 2016 und später dann auf „im Laufe des Jahres 2016“ verschoben.

Schnell und individuell zulassen

Im Mai folgte Copa & Cogeca, der Dachverband der landwirtschaftlichen Organisationen und Genossenschaften, die in einem Brief an Kommissar Andriukaitis die EU-Kommission auffordern, den Rechtsstatus neuer Züchtungstechniken zügig zu klären. Pekka Pesonen, der Generalsekretär erklärte: „Neue Zuchttechniken sind äußerst wichtige Instrumente (...). Für Investitionen und die Weiterentwicklung neuer Zuchttechniken müssen die Züchter jedoch über rechtliche Sicherheit und einen gut funktionierenden EU-Binnenmarkt verfügen. Wir sind der Ansicht, dass neue Zuchttechniken auf Einzelfallbasis anhand wissenschaftlicher Kriterien von Experten analysiert und diskutiert werden sollten.“

Anstatt aber abzuwarten, wie die EU sich entscheidet, werden in den USA schon erste Pflanzen, die mit den neuen Gentechniken erzeugt worden sind, zugelassen. Beispielsweise stuft die APHIS (Animal and Plant Health Inspection Service) im April einen mit der Gentechnikmethode CRISPR/Cas entwickelten Speisepilz als „nicht zu regulieren“ ein. Auch ein mit der gleichen Methode hergestellter Wachsmais (Wx1) vom Konzern Dupont Pioneer ließ die APHIS zu.

Auch der CIBUS-Raps, der mit der ODM-Technik hergestellt wurde,

wuchs 2015 unreguliert auf 4.000 Hektar in Amerika. Im Frühjahr 2015 sollte der Anbau in Europa vorbereitet werden. In sechs Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, wurden die zuständigen Behörden befragt, ob sie den CIBUS-Raps als Gentechnik einstufen oder nicht. In Deutschland ist das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zuständig. Erwartungsgemäß stuft das BVL den CIBUS-Raps nicht als Gentechnik ein. Ein Widerspruch von NGOs wurde abgewiesen. Erst durch eine Klage ist der Anbau des Rapses vorerst untersagt worden. Die Kommission hatte die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Freisetzung von Pflanzen, die mithilfe neuer Verfahren hergestellt wurden, bis auf weiteres möglichst zu unterlassen. Sie verwies auch darauf, dass es illegal sei, gentechnisch veränderte Pflanzen ohne Genehmigung freizusetzen.

Ein einheitliches Vorgehen scheint also nicht gewollt. Es wird deutlich, wie verschieden der Umgang mit neuen Techniken und erwarteten Risiken ist. Eine „Angleichung“ ist schwierig. In den USA werden die alten und neuen Gentechnikpflanzen als „gleichwertig“ zu konventionellen Sorten angesehen, die sich nur in der veränderten Eigenschaft unterscheiden. Nur diese wird dann auch bewertet, das nennt sich produktbasierter Ansatz. Dies steht im Gegensatz zum „prozessorientierten“ Ansatz der EU: Die Gentechnikorganismen

werden einer Risikoprüfung unterzogen, in der insbesondere auch das Verfahren betrachtet wird, mit dem der Organismus hergestellt wurde, denn auch von diesem können Risiken ausgehen. Beiderseits des Atlantiks wird versucht, dieses europäische Vorsorgeprinzip und die Prozessorientierung, die auch wissenschaftliche Unsicherheiten in den Bewertungsprozess einbeziehen, als „unwissenschaftlich“ zu disqualifizieren.

Nach wie vor betont die EU-Kommission, aber auch Bundeskanzlerin Merkel, dass die EU-Lebensmittelstandards im Zuge von TTIP nicht abgesenkt werden sollen. Eine Einstufung der neuen Gentechniken als nicht gentechnische Züchtungsverfahren, wie es Konzerne und einige Wissenschaftler beidseitig des Atlantiks fordern, wäre eine eklatante Absenkung der bisherigen Standards und eine klare Abkehr vom Vorsorgeprinzip. Auch die Debatte, ob die neuen Gentechnikpflanzen einer Gentechnikregulierung „light“ unterzogen werden sollen, und eine verkürzte Diskussion rein um Kennzeichnung und Wahlfreiheit sind Ablenkungsmanöver. Die landwirtschaftlichen Verbände in Deutschland und in der EU sind gut beraten, Pflanzen und Tiere, die mittels der neuen Gentechnikverfahren gezüchtet werden, auch als das einzustufen und zu behandeln, was sie sind: Gentechnik.

*Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie
Landwirtschaft*



2000: Es begann Mitte der 90er Jahre mit Dolly, dem Klonschaf und der Zulassung der ersten gentechnisch veränderten Pflanze für den kommerziellen Anbau in den USA, der Anti-Matsch-Tomate. Neben den nicht absehbaren gesundheitlichen und umweltrelevanten Risiken, die die Gentechnik birgt, haben AbL und Bauernstimme immer auch die mit ihr verbundene Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen von Konzernen kritisiert. Herbizidresistenzen, die gleichzeitig bestimmte Pestizidprodukte promoten, Patente, die jährliche Lizenzzahlungen sichern – der Nutzen der grünen Gentechnik hat sich bis heute vielen Bauern und Bäuerinnen nicht erschlossen. Auch darum spielt sie nach wie vor in Europa kaum eine Rolle. Die Bewegung ist, wie hier auf dem Bild vor dem Europäischen Patentamt in München, immer dran geblieben.

Foto: greenpeace/Lehsten



Aldi bekommt aktuell in vielen Städten den "goldenen Aasgeier" für seine jüngsten Dumpingpreise verliehen. Aufgerufen hat dazu Aktion Agrar und die Kampagne "Kühe und Bauern nicht verpulvern". Lesenswert sind die Flyer im Netz zu den Milchpulver-Investitionen der großen Molkereien und der Kritik an der Exportpolitik der Bundesregierung. Die Kampagne war in Schwerin Partner der AbL bei der Gummistiefelaktion und bereitet derzeit weitere Protestaktionen vor. www.aktion-agrar.de/milch Foto: Aktion Agrar

Bayer will Monsanto schlucken

Die Bayer-AG hat Spekulationen über ihr Interesse an einer Übernahme von Monsanto bestätigt. Es gab vertrauliche Gespräche über eine einvernehmliche Übernahme, so die Bayer AG in einer Mitteilung: „Ein solcher Zusammenschluss würde Bayer als globales, innovationsgetriebenes Life-Science-Unternehmen mit Spitzenpositionen in seinen Kerngeschäften stärken und ein führendes integriertes Agrargeschäft schaffen.“ Monsanto ließ allerdings verlauten, dass gemachte finanzielle Angebot von Bayer sei zu niedrig. Derzeit werden im Agrarbereich die Karten neu gemischt. Die Weltmarktführung wollen die beiden amerikanischen Chemiekonzerne DuPont und Dow Chemical durch eine Fusion übernehmen. Syngenta, bisherige Nummer zwei, soll vom chinesischen Staatskonzern Chem China übernommen werden. Schluckt Bayer Monsanto, würde sich Bayer an die Spitze setzen und laut FAZ „grob ein Viertel des Gesamtmarktes“ innehaben. Bayer ist die Nummer eins im Pestizidbereich – Monsanto bei Saatgut. Bayer macht seine Geschäfte in Asien und Europa, Monsanto in Amerika. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, dazu: „Politik muss sich entscheiden, ob sie die Steigbügelhalter für die multinationalen Konzerne sein will oder ob sie eine gerade Furche gegen die Ausweitung der Konzernmacht pflügen will und die Fusion untersagt. Wir haben schon Monsanto in die Gentechnik-Suppe gespuckt. Das werden wir auch bei Bayer tun. Der Kampf um bäuerliches, nachbaufähiges, gentechnikfreies Saatgut und Saatgutvielfalt geht weiter!“ av

Entscheidung verschoben!

Artgerecht essen in München, das könnte schon Realität sein. Könnte, wenn die für den 11. Mai geplante Abstimmung in der Vollversammlung nicht kurzfristig verschoben worden wäre. Die Initiative für einen ausschließlichen Einsatz von Produkten aus artgerechter Tierhaltung geht von dem Aktionsbündnis „Artgerechtes München“ aus, das im Mai 2015 vom Tollwood-Festival initiiert wurde und in dem die AbL Bayern aktiver Bündnispartner ist. Gefordert wird von der Landeshauptstadt München, zukünftig nur noch Produkte einzusetzen, die nachweislich aus artgerechter Tierhaltung stammen. Dies betreffe alle städtischen Kantinen, Einrichtungen, Empfänge sowie öffentliche Veranstaltungen wie z. B. den Christkindmarkt und das Oktoberfest. Bei der Übergabe von 30.000 Unterstützerunterschriften am 12. April mit der Bundesvorsitzenden der AbL, Gertraud Gafus, erhielt das Bündnis erfreuliche Unterstützung durch den SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter. „Eine Vorgabe von 100 Prozent Produkten aus artgerechter Haltung für alle städtischen Empfänge ab sofort ist problemlos möglich. Ebenso die Durchführung von Pilotprojekten: eine städtische Großveranstaltung sowie eine städtische Institution, die mindestens 30 Prozent Produkte aus artgerechter Haltung einsetzt. Das ist das Minimum. Jetzt muss entschieden werden!“, fordert Stephanie Weigel vom Aktionsbündnis „Artgerechtes München.“

Andrea Eiter, Geschäftsführung AbL Bayern

Gegen den Verband

Die DBV-Mitglieder sind aufgebracht und fordern ein Einlenken

Zwei Polizeiwagen stehen am 12. Mai 2016 am Eingang der Bauernverbandszentrale Schleswig-Holstein in Rendsburg. „Dass ich das noch erleben darf“, raunt mir ein Milchbauer zu. In der Tat, das hat es in der Geschichte des Bauernverbandes noch nicht gegeben. Bei schönstem Silagewetter und nach sehr kurzer Vorbereitung finden sich über 200 Bäuerinnen, Bauern, Landjugendliche, zwei Milchkühe und 50 Trecker zu einer Protestveranstaltung gegen den eigenen Verband ein. Sie übergeben nicht einfach ein Forderungspapier, fordern nicht Hilfen vom Staat oder die Wiedereinführung der Milchquotenregelung, wie die Bauernverbandsspitze und einige Medien später erklären, sondern ihre Botschaften sind sehr deutlich: „Ihr tragt die Verantwortung für unseren Untergang“, „Bauernverband will lieber Bauern ruinieren statt Mengen zu reduzieren“, „Wirklich eine ‚Top-Beratung‘: Bei niedrigen Preisen noch mehr liefern“, „Bauernverband ist Milchindustrieverband“, „Marktorientiert produzieren schafft kostendeckende Preise“, „In der Krise handeln: Mengen runter, Preise rauf“. Drei Milchbauern, darunter auch Mitglieder in Bezirksvorständen des Verbandes, gehen in ihren kurzen Ansprachen auf die dramatische Situation der Milcherzeuger ein und bekommen immer wieder starken Beifall der Umstehenden: „Der Bauernverband ist für die aktuelle Preismisere wegen seines Setzens auf grenzenlose Erzeugung maßgebend verantwortlich. Er muss einen Politikwechsel herbeiführen. Er soll sich auf allen Ebenen für eine sofortige, europaweite, zeitlich befristete Mengenreduzierung einsetzen. Als Basis könnte die vom 1.5.15 bis 30.4.16 gelieferte Milch abzüglich fünf Prozent ge-

wählt werden. Diese Maßnahme wird für ein Jahr mit einer Verlängerungsoption für ein weiteres Jahr eingeführt.“ Landesbauernpräsident Schwarz stellt sich der Diskussion mit den erbosten Bauern. Er versucht abzuwiegeln: „Alle diese Forderungen werden auch in den Gremien des Verbandes behandelt.“ Höhnisches Gelächter. Seine Versuche, die Berufskollegen gegeneinander auszuspielen – „Dann produzieren die Holländer halt mehr; an die Reduzierung halten sich doch einige nicht und melken mehr; Sie können doch selbst die Satzungen in Ihren Molkereien ändern, warum tun Sie es nicht?“ kommen bei der Basis gar nicht gut an. Schwarz lehnt jegliche Verantwortung ab. Der Vorwurf, dass der Bauernverband die Bauern ruiniere, macht ihn „fassunglos“. Eine Bäuerin hält ein Schild hoch: „Ich will nicht mehr Schwarz sehen.“ Unruhe, aber auch Betroffenheit kommt hoch, als Jugendliche einen Gedenkstein für die aufgebenden Milcherzeuger vor der Verbandszentrale niederlegen mit der Inschrift: „Wann wacht ihr endlich auf und seht, dass euer Weg nicht der richtige ist.“ Dies bringt den Chefredakteur des Verbandsorgans auf die Palme, er wird aber gleich von mehreren Bauern scharf angegriffen wegen der tendenziösen Berichterstattung in seinem Blatt. Präsident Schwarz gibt eine Beruhigungspille: Er lädt am 30. Mai zu einer großen Verbandsveranstaltung ein, wo nach zwei Vorträgen über die Lage mit den Verbandsleuten diskutiert werden soll. „Wir haben genug von solchen Scheißvorträgen. Wir wollen, dass gehandelt wird“, ruft ein Kollege dazwischen und bekommt dafür viel Beifall.

Georg Janßen,
AbL-Bundesgeschäftsführer

1986 „Die Unterstützung der offiziellen Bonner und Brüsseler Agrarpolitik, des Strukturwandels und des Wachstumszwangs, der Verschuldung und des Überschussabbaus durch Bauerngelder – all dies zeigt, dass der Bauernverband sich im Grunde mit der Politik des Aufgebens von bäuerlichen Betrieben einverstanden erklärt. Er verhandelt nur noch um die Methode der Aufgaben (...). Auch die persönlichen Verfilzungen mit der Industrie (Heeremann sitzt im Aufsichtsrat von Bayer, Klöckner-Humboldt-Deutz usw.) und mit dem Staat (Agrarministerkandidatur 1978 und 1980) und vor allem mit den Genossenschaften zeigen, wie sich der Verband Interessensvertretung vorstellt. Oder glaubt ihr etwa, dass Heeremann bei Bayer etwas für die Bauern durchsetzen könnte?“, fragte die Bauernstimme 1980. Geändert hat sich kaum etwas, nachfolgende Bauernverbandspräsidenten saßen und sitzen weiterhin mit der Industrie im Boot und in ihren Aufsichtsräten, vielleicht nicht mehr ganz so offensiv wie der westfälische Freiherr.



Betriebsspiegel:

300 Sauen
140 ha Acker, Getreide, Mais

Mein Nachbar baut einen PigPort-Stall. Die Aussage des Professorengutachtens des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik, dass „die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere nicht zukunftsfähig sind“, hat bei ihm gewirkt. Beraten wird er von Rudi Wiedmann, dem Stallbauexperten aus Süddeutschland,

der bekannt ist für seinen Ansatz „Das Schwein als Baumeister“. Darüber hinaus hat mein Nachbar die Hoffnung, irgendwann einmal für die im neuen Stall gehaltenen Schweine einen höheren Erlös zu erzielen.

Einen Maststall mit Außenklima zu erstellen ist einfacher als einen bestehenden Sauenstall umzubauen. Wir haben eine konventionelle Sauenhaltung. Trotzdem mache ich mir bei jeder Renovierung Gedanken, wie sie zu mehr Artgerechtigkeit führen kann.

Als vor einigen Monaten bei uns im Stall Fernsehaufnahmen gemacht wur-

den, kritisierten die Fernsehleute im Gespräch die Haltungsbedingungen in den Stallbereichen. Nur als sie sahen, dass im Abferkelstall die Saugferkel von zehn Sauen bereits alle in einer Gruppe liefen, wurde die Maßnahme gelobt und zugleich gefragt, warum denn die Muttersauen noch eingesperrt sein müssen. Meine Erklärung war, dass die Sauen miteinander kämpfen und mir den Stall abbrechen würden. Ich überlegte: Die Sauen brauchen eigentlich nicht zu kämpfen, weil sie ja vorher schon in einer Gruppe sind und der Stall müsste stabiler gebaut werden.

Ich kam zu dem Entschluss, es mit einer Sauengruppe zu versuchen.

Als ich meine Planungen beendet hatte, kam von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) eine Meldung, dass sie in Deutschland fünf Betriebe suchen, die in einem Netzwerk bereit sind, eine derartige Haltungsform auszuprobieren. Was ich selber mauern, betonieren und schweißen wollte, bekam eine andere Dimension. Der große Vorteil ist jedoch vor allem der Erfahrungsaustausch mit den anderen Betrieben zwischen Ulm und Oldenburg. Es sind zwei Biobetriebe und drei konventionelle. Meine Überlegungen und Planungen führen sicherlich nicht zu einer vollkommenen Artgerechtigkeit. Bei der Strukturierung des Stalls sind jedoch viele natürliche Verhaltensweisen der Sau bei der Ferkelaufzucht einbezogen: Bewegungsraum, nestähnliche Rückzugsmöglichkeit, Fress- und Ruheplatz usw. Ob der Stall funktioniert, wird sich herausstellen müssen. Die Sauen und Ferkel werden sich nicht irren. Wenn, dann werde ich es sein.

Günter Völker, Rheda-Wiedenbrück

Die Schweine werden sich nicht irren

Heute morgen, es ist Viertel nach acht und ich bin eingezwängt zwischen Kühen beim Melken, da läutet unsere Telefon-Hofglocke. Ich zucke ein wenig zusammen und habe die richtige Vorahnung: Die Bauernstimme will endlich einen schon seit langem versprochenen Beitrag zu unserem Hof. Mit dem Melken waren wir heute später dran, weil wir noch vor der Stallarbeit mit einem gemeinsamen Frühstück eine junge Studentin aus São Paulo verabschiedeten. Sie lebte drei Wochen als WWOOFerin bei uns. Mit ihrer fröhlichen und selbstbewussten brasilianischen Art war sie uns schnell ans Herz gewachsen. Als sie nun ging, ließ sie uns mit dem sehnsüchtigen Schmerz zurück, den man im Portugiesischen mit dem Wort „saudade“ beschreibt. Rein zufällig war sie auf uns gestoßen, ohne zu wissen, dass ich ihre Sprache spreche und einen besonderen Bezug zu ihrer Heimat habe. Als junger Bursche leistete ich meinen Freiwilligendienst beim DED (Deutschen Entwicklungsdienst) im Norden des brasilianischen Bundesstaates Minas Gerais. Auch kam ich dieses Jahr, erst kurz vor Ostern, von einem fast fünfwöchigen Aufenthalt in Südbrasilien zurück. Ich hatte den Fotografen Thomas Hager unterstützend begleiten dürfen: Auf Einladung der staatlichen Landuniversitäten im südlichen Grenzgebiet, Universidade Federal Fronteira Sul, und ihres auch hierzulande als Gentechnikkritiker bekannten Vizedirektors Antonio Inacio Andrioli, sollte eine Fotoausstellung über Agricultura familiar in Brasilien und Deutschland entstehen. Diese Ausstellung zirkuliert zur Zeit an sechs Universitätsstandorten in den Bundesstaaten Santa Catarina, Paraná und Rio Grande do Sul. Sie zeigt Bilder von bäuerlichen Familienbetrieben hier, die über die Tagwerk-Genossenschaft vermarkten, und den an den Rand ge-



Unser Reichtum sind die Begegnungen mit Menschen

drängten Kleinbauern in Brasilien. Versetzen mit kurzen Texten regen sie zum Nachdenken über den Zustand der Landwirtschaft an. Für mich war der Aufenthalt in Brasilien sehr ernüchternd. Waren es vor 37 Jahren noch die Bauern aus dem Umland, die die Städte mit ihren Produkten versorgten, so halten nun selbst in Kleinstädten Supermärkte und aufgemotzte Einkaufstempel mit ihren global gehandelten industrialisierten Lebensmitteln Einzug. Gentechnisch veränderte Produkte werden dort nicht gekennzeichnet. Die traditionellen Vermarktungsstrukturen für die Bauern sind weggebrochen. Ihnen bleibt als Einnahmequelle oft nur noch der Anbau von Soja und Mais, der von den Handelskooperativen der Großgrundbesitzer und Agroindustriellen aufgekauft wird. Im Gegenzug können die Kleinbauern mit Krediten dieser Kooperativen Mastanlagen für Schweine, Hühner und Puten errichten und in deren Abhängigkeit produzieren. Großschlachtereien und Kühlhäuser sind weitere sinnentleerte Arbeitsplätze für einst selbständige und stolze Bauern geworden. Die linksgerichtete Regierung unter Lula und zuletzt Dilma

Rousseff unterstützte die Kleinbauern mit dem Ankauf ihrer Produkte für die Schulnahrung und andere staatliche Einrichtungen. Dies geschieht aber längst nicht flächendeckend und ist sehr vom Engagement der Bauern abhängig. Im Moment herrscht sowieso politisches Chaos in Brasilien. Die alten Oligarchen, Großindustrielle und rechtsgerichtete Politiker, gestützt von Evangelikalen und Medien, sehen das Heil vollends in der neoliberalen Wirtschaft nordamerikanischen Stils und haben gerade die Präsidentin entmachtet. Bei der Fahrt durch den Süden Brasiliens hat man weite Soja-Landschaften im Blick, bald alle 20 Kilometer tauchen an den Straßen riesige Silos zur Einlagerung von Soja und Mais zum Export auf. Jeder Bauer hierzulande, der sich der Importfuttermittel aus Amerika bedient, ist mitverantwortlich an der Verarmung der Natur und der geradezu ausweglosen Situation der Kleinbauern dort.

Aber nun zurück zu uns: 1982 übernahm ich den Hof erst auf Pachtbasis. Freunde von mir, Sozialarbeiter, belagerten damals in den Ferien den Hof, veranstalteten Zeltlager für Heim-

kinder und waren oft privat zugegen. Es gab in dieser Gegend auch noch einige Landkommunen und mein Vater fühlte sich verunsichert, was sich neben der Umstellung auf Bio noch alles verändern könnte. Die endgültige Übergabe geschah 1987, als Regina und ich heirateten. Es wurden vier Kinder geboren und immer waren viele Menschen am Hof: Praktikanten, Lehrlinge, Saisonarbeiter aus Polen und Rumänien. Mit vielen verbindet uns eine tiefe Freundschaft. Einige wurden sogar Tauf- und Firmpaten unserer Kinder. Dankbar für diese Begegnungen, kommt mir unser Hochzeitsspruch in den Sinn: „Euch aber lasse der Herr wachsen und reich werden in der Liebe zueinander und zu allen“ (1.Tess 3,12).

*Anton Brandl,
Reimer in Burdberg*

Betriebsspiegel:

TAGWERK-Betrieb
Ökologische Landwirtschaft seit 1982
12,5 ha, davon 1,5 ha Wald,
0,7 ha Acker, Rest Grünland,
3 ha Haselnussplantage mit Grünlandnutzung, 12 Milchkühe



„ 40 Jahre Bauernstimme Mit AbL und Bauernstimme in die Zukunft“

am 25. und 26. Juni 2016 in Körbecke bei Warburg (Westfalen) auf dem Hof von Heike Schäfer-Jacobi und Josef Jacobi

Freitag, den 24. Juni 2016

Diesjährige Sommertagung der jungen AbL in Körbecke auf dem Hof der Familie Jacobi (Zeltdorf)

Samstag, den 25. Juni 16

Bustransfers 10.45 Uhr, und um 14.45 Uhr von Warburg, Hauptbahnhof

11.30 Uhr Begrüßung

12.00 Uhr Gastvortrag Michael Sontheimer

„Die Bedeutung von gesellschaftlichen Bewegungen im Spiegel der Medien“
13.15 Uhr Denkanstöße: „ 40 Jahre AbL und Bauernstimme ... und Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft“

15.15 Uhr-17.00 Uhr (zeitgleich)

- I Milchgespräch im Kuhstall
- II Besichtigung der Hofkäserei
- III Im Zeltdorf der jAbL

17.15 Uhr-19.00 Uhr Talk und Schnack in der Scheune mit Matthias Stürwoldt

ab 20.00 Uhr : Abendprogramm mit Harfenmusik und Kabarett

Sonntag, den 26. Juni 2016

9.30 Uhr Gemeinsame Exkursion

Das Steinerne Haus, Landschaftsstation in Borgentreich
Anschließend: Hessische Staatsdomäne Frankenhausen mit Grußwort von Elizabeth Mpofu, Generalkoordinatorin von La Via Campesina

13.30 Uhr Ausklingen der Veranstaltung

Das ausführliche Programm unter: www.abl-ev.de

Beitrag für TeilnehmerInnen: 35,-Euro (Verpflegungspauschale) plus 45,-Euro für Übernachtung in einer Tagungsstätte bzw. Pension und Bustransfer
Die Zahlung erfolgt vor Ort in Körbecke

Anmeldung: Zutreffendes bitte ankreuzen

Ich/ wir nehmen am Jubiläumfest teil

Ich/ wir benötigen einen Bustransfer von Warburg nach Körbecke und abends ins Quartier (Landvolkshochschule Hardehausen, Jugendbildungsstätte Hardehausen sowie Pensionen),

Ich/Wir nehmen auch an der Exkursion am Sonntag teil.

Ich/Wir fahren dann mit dem Bus nach Kassel-Wilhelmshöhe zum Bahnhof.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon und Email-Adresse: _____

Senden an: AbL-Bauernblatt-Verlags GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm /Westf., Telefon: 02381 – 492288, Fax: 02381 – 492221
Email: verlag@bauernstimme.de

40 Jahre in Bildern

Themen bäuerlicher Agrarpolitik

Was war denn eigentlich agrarpolitisch alles los in den letzten 40 Jahren? Was bewegt Bäuerinnen und Bauern über die Zeit? Diese 400. Ausgabe haben wir an vielen Stellen mit Fotos aus dem Redaktionsarchiv bebildert und die Bildunterschrift für einen kurzen Abgleich zwischen damals und heute genutzt. Vielleicht kommt der einen oder dem anderen ja das eine oder andere bekannt vor.

Ein Rückblick ist Geschichte, zeigt Entwicklung, könnte aber auch als Schnee von gestern ganz schön langweilig

sein. Das Besondere und gleichzeitig auch Erschreckende ist jedoch, dass sich zu den meisten Themen, über die wir heute schreiben, auch schon etwas in den früheren Ausgaben finden lässt – meist heute noch aktuell. Dabei ist interessant, welche Aspekte wie diskutiert wurden. Und dass sich die Kritik am politisch beförderten Strukturwandel und Wachstumszwang sowie das Aufzeigen von Alternativen durch die Zeit zieht. Die Unabhängige Bauernstimme ist dabei selten nur neutraler Betrachter, sie nimmt Partei – für Bauern und Bäuerinnen.

1995: NEULAND wurde 1989 von AbL, Deutschem Tiererschutzbund, BUND, BUKO Agrar Koordination und Verbraucher-Initiative geschaffen als erstes Vermarktungsprogramm für Fleisch aus umweltschonender und artgerechter Tierhaltung von bäuerlichen Betrieben. Noch bevor alle anderen das Thema für sich entdeckten, verknüpften die NEULAND-Trägerverbände Verbraucherwünsche nach mehr Tierwohl mit Ansprüchen der Bauern und Bäuerinnen an eine artgerechte Tierhaltung, faire Preise für ihre Produkte sowie die Unabhängigkeit von Importfutttermitteln. Mediales Aufsehen gab es immer beim traditionellen Stand auf der Grünen Woche, 1995 hier mit dem damaligen Neuland-Nord-Geschäftsführer Heiner Rahlfs. Foto: Febl



20-jähriges Molkereijubiläum

Ein Wochenende voller feierlicher Aktivitäten bei der Upländer Bauernmolkerei

Begleitet von Schneetreiben und Sonnenschein feierte die Upländer Molkerei ihr zwanzigstes Jubiläum. Für Josef Jacobi, selbst Milchbauer, einst Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Molkerei, spiegelte das Wetter die vergangenen 20 Jahre der Molkerei ganz gut wieder. Da habe es manchmal auch stürmische Zeiten gegeben.

Am Samstag Abend waren viele Freunde, Geschäftspartner und Wegbegleiter, aber vor allem auch die Milchbauern und Mitarbeiter, der Einladung in die Schützenhalle in Usseln gefolgt. Nachdem die Geschäftsführerin Karin Artzt-Steinbrink und Josef Jacobi die

Gäste mit auf eine Reise an einzelne Stationen der vergangenen zwanzig Jahre Molkereigeschichte genommen hatten, folgten Grußworte von Landrat Dr. Reinhard Kubat, Bürgermeister Thomas Trachte, Dr. Sacher von der IHK und dem Präsidenten des HBV, Karsten Schmal. Auch die Vizepräsidentin des Bioland-Verbandes, Stefanie Strottdrees, und Georg Janßen von der AbL gratulierten zu dem außergewöhnlichen Bauernprojekt. Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, ging in seinem Festvortrag auf die Bedeutung von regionalen Strukturen für eine vielfältige, an die Region ange-

passte bäuerliche Landwirtschaft ein. Auch im Sinne des Naturschutzes seien es genau diese Projekte, wie das der Upländer Bauernmolkerei, die eine langfristige, dem Naturraum entsprechende bäuerliche Bewirtschaftung und damit auch den Erhalt ökologisch wichtiger, vielfältiger Strukturen ermöglichen. Insbesondere der Weidewirtschaft komme diesbezüglich eine tragende Rolle zu. Mit Blick auf die derzeitige Lage am Milchmarkt fand Weiger deutliche Worte. Es sei beschämend, welche niedrige Preise die Molkereien und der Handel derzeit zahlen würden, auch wenn der Bio-Milchbereich derzeit nicht betroffen sei.

Am Sonntag fanden rund um die Molkerei, im Bauernladen und dem Milch-Museum viele Aktionen für Groß und Klein statt. An verschiedenen Ständen konnte man erfahren, wie Butter und Käse hergestellt werden und verschiedene Spezialitäten probieren. Als Bio-Bauer Walter Lang mit seinem Pferdefuhrwerk vorgefahren kam, erlebten die Gäste eine kleine Zeitreise – so sah es also früher aus, als die Milch noch in großen Kannen direkt zur Molkerei angeliefert wurde. Weitere Highlights waren der Hochrad fahrende und jonglierende Clown „Hironimus“ sowie die musikalische Begleitung durch die Schützenkapelle Willingen. *mm*

Alle historischen Grenzen hat der fallende Milchpreis längst überwunden, unter 20 Cent sind jetzt angekündigt. Viele Bauern und Bäuerinnen sind gefangen in einer verzweifelten Schockstarre, können das schier Unglaubliche kaum fassen. Wenige aus AbL und BDM protestieren unermüdlich weiter, belagern Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, bestärken Niedersachsens Amtschef Christian Meyer in seinem Versuch, die Molkereien in die Pflicht zu nehmen. Und die? Bleiben stur beim Regime der ruhigen Hand, die freiwillig nicht in den Markt eingreift. Sie wollen genau das, was gerade passiert, dass viele Hofstore für immer schließen. Bestärkt werden sie vom Bundesminister, der sich gemeinsam mit dem Bauernverband und der Industrie zum Füße still halten auf dem Gipfel treffen will – während draußen die Milchviehbetriebe vor die Hunde gehen.

Strukturbruch politisch gewollt

Molkereien und Bundespolitiker verweigern die Handlung

Der Milchpreis sinkt immer weiter ab. Inzwischen zahlen einige Molkereien in Norddeutschland unter 20 Cent pro Kilo. Weit unter Wert verkauft wird die Milch auch im Discounter. Aldi und Norma haben die Preise um mehr als 20 Prozent von 59 Cent pro Liter frische Vollmilch auf nur noch 46 Cent gesenkt. Nach den Erhebungen des Instituts für Ernährungswirtschaft (IFE) in Kiel bleiben dem Landwirt, verfolgt man die Aufschläge entlang der Vermarktungskette, vom tatsächlichen Verkaufspreis 42 Prozent. Bei 46 Cent pro Liter Vollmilch blieben für den Landwirt 19,3 Cent. Unbestritten ist inzwischen bei allen Beteiligten, Bauern, Verbandsvertretern, Molkereien und Politikern, dass ein Zuviel an Milch der Grund für die ruinösen Erzeugerpreise ist. Außer den Milchbauern und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gibt es allerdings so gut wie niemanden, der eine aktive, geregelte Mengenreduktion fordert. Ein deutliches Zeichen hat die Agrarministerkonferenz gesetzt. In einem Brief an die Bundeskanzlerin, die sich nun offenbar selbst des Themas annehmen will, erneuern die grünen Agrarminister aus Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hessen und Sachsen-Anhalt die Forderungen. Neben der Nutzung der von der EU-Kommission aufgezeigten Möglichkeiten zur freien Mengenplanung sollen mögliche Liquiditätshilfen, wie die derzeit im Gespräch befindlichen 100 Mio. Euro, an eine konkrete Mengenreduzierung gebunden werden. Des Weiteren empfehlen die Minister, die Mengenreduktion durch einen Bonus zu unterstützen, und fordern er-

neut eine zeitlich befristete und entschädigungslose Mengenbegrenzung auf europäischer Ebene, sollte die Milchmenge nicht bis zum Herbst abgenommen haben.

Markt und Marktberreinigung

Das freie Spiel der Kräfte am Markt wird derzeit viel bemüht. Vor allem von all jenen, die von der aktuellen Situation profitieren wollen, allen voran das Deutsche Milchkontor (DMK). Deutschlands größtes Molkereiunternehmen mit 8.900 Milcherzeugern, 7.400 Mitarbeitern und über 6,7 Milliarden Kilogramm verarbeiteter Milch. Immer wieder war das Unternehmen aufgrund seiner Größe und Bedeutung für den gesamten deutschen Milchmarkt in den vergangenen Monaten aufgefordert worden, unter anderem von der AbL, dem Beispiel der Molkerei FrieslandCampina zu folgen und gemeinsam mit seinen Erzeugern die Milchmenge zu reduzieren. Immer wieder erteilten die Vorstände derartigen Forderungen als „Eingriffen in den freien Markt sowie in funktionierende Strukturen“ eine klare Absage. Mitte Mai nun teilte das Unternehmen mit: „Die rund 9.000 genossenschaftlich organisierten Bauern von Deutschlands größter Molkerei DMK GROUP fahren, als Reaktion auf den anhaltenden Preissturz an den internationalen Milchmärkten, ihre Milchmenge herunter.“ Was auf den ersten Blick wie ein Einlenken des Konzerns aussieht, entpuppt sich jedoch schnell als Verdrehung der Realität. Der Presstext suggeriert, dies sei eine freiwillige, einvernehmliche Entscheidung der Bauern. Das dies aber offenbar anders



nur die Lesart der Pressestelle ist zeigt der Bericht eines Lieferanten bei *Top agrar online*: „Ich habe am 12.5. einen Rundbrief vom DMK bekommen. Darin wurde eine Anlieferung April 15 zu April 16 von minus 0,6 % ausgewiesen. Soweit ok, allerdings sind die Lieferanten um 8,5 % zurückgegangen, laut Schaubild. Ich schließe daraus, dass die Milchmenge, umgelegt auf die übergebliebenen Lieferanten, gestiegen ist.“ In den 8,5 % weniger Lieferanten sind auch all jene Betriebe erfasst, die ihre Produktion aufgrund der beschämenden Preisgestaltung einstellen mussten. In Schleswig-Holstein, so die *Kieler Nachrichten*, seien nach der Einschätzung von Regierung und Verbänden mehrere hundert Betriebe zum schließen gezwungen. Deutlich drastischer Zahlen nennt Christoph Robert Lutze vom Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter (BDM): „Wir gehen davon aus, dass ein Viertel der über 4.000 Betriebe in Schleswig-Holstein bis Ende des Jahres aufgeben muss“. Eine Bäuerin, die auf ihrem Betrieb die Kuhzahl in den vergangenen Jahren von 120 auf 280 Tiere aufstockte, berichtete: „Noch lässt die Bank uns weitermachen!“ Offenbar gibt es derzeit auch für die Banken wenig Alternativen. Schon jetzt geben die Pachtpreise nach. Das Beispiel des DMK zeigt allerdings auch, dass selbst die Betriebsaufgaben nicht zu einem Mengenrückgang führen müssen, weil die verbleibenden Betriebe ihre Menge steigern.

Weltweite Absatzmärkte

Zu verstehen ist die Politik von Konzernen wie dem DMK nur, wenn man sich

endgültig davon verabschiedet, sie als Unternehmen der Milchbauern sehen zu wollen. In einem Interview in der „Land und Forst“ äußert Thomas Stürz, Vorstandsvorsitzender beim DMK, sein Unverständnis für eine freiwillige Mengenreduzierung, solange die Molkerei über ausreichend Verarbeitungskapazitäten verfüge. Und in der Tat hat das DMK in den vergangenen Jahren unter anderem in Pulvertürme investiert. Viele Regionen der Welt seien nicht in der Lage ihren Milchbedarf selbst zu decken, so das DMK und hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Märkte zu erschließen. Dabei hilfreich ist auch der niedrige Einkaufspreis für Milch in Deutschland. Denn nur so kann der Konzern am Weltmarkt konkurrieren. Ein anderer Grund dürfte sein, dass sich das Unternehmen verspricht kleinere Molkereien könnten aufgrund nicht vorhandener Kapazitäten dazu gezwungen sein die Übermilch verlustbringend am Spotmarkt abzusetzen. Es geht also auch um einen weiteren Strukturwandel in der Molkereibranche.

Bundespolitik

Die Milchbauern des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter haben sich vor seinem Wahlkreisbüro postiert und wollen bis zum angekündigten Milchgipfel Ende Mai ausharren, doch Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt bleibt dabei: Die Menge muss runter, der Preis muss hoch, aber er will nicht aktiv steuern. Der Markt soll es richten. Im Vorfeld des Milchgipfels, zu dem Molkereien, der Handel und der Bauernverband eingeladen sind, wurde berichtet,

Fortsetzung auf Seite 14 unten

„Milchmenge runter“ vom Kartellverbot freigestellt

Molkerei-Genossenschaften haben jetzt alle Möglichkeiten zur Absprache, solange es um Mengenreduzierung geht

Normaler Weise ist es in einer Marktwirtschaft vom Teufel, wenn sich mehrere Unternehmen an einen Tisch setzen und über Mengengrenzungen überhaupt nur reden, weil das dem Grundsatz des Wettbewerbs und der freien Preisbildung an den Märkten diametral widerspricht. Die Europäische Kommission hat nun mit Billigung des Agrarministerrates und des Europäischen Parlaments zwei Verordnungen in Kraft gesetzt, mit denen Milcherzeugergemeinschaften, Genossenschaftsmolkereien und ähnliche Organisationen ausdrücklich das Recht bekommen haben, Absprachen über Mengenplanungen zu treffen (DVO (EU) 2016/559 und Del.VO (EU) 2016/558).

Kartellbildung ist also erlaubt, und zwar auch über die Grenzen von Mitgliedstaaten hinweg, ja sogar EU-weit. Zeitlich ist diese Ausnahme vom Kartellverbot zunächst auf ein halbes Jahr begrenzt (bis 12.10.2016), mit der Aussicht, diesen Zeitraum auf ein Jahr auszuweiten.

Not macht erfinderisch, manchmal. In allen EU-Mitgliedstaaten stehen die

Regierungen unter Druck, weil die Milchbauern vom Preis, den sie von den Molkereien erhalten, nicht leben können, sondern mit jedem Liter Geld verlieren. Mittlerweile bestreitet niemand mehr, dass der seit dem Jahr 2014 anhaltende Preisverfall Folge des Überangebots an Milch ist. Die Molkereien in der EU haben im ersten Quartal 2016 insgesamt 7,2 Prozent mehr Milch eingesammelt als im Vergleichszeitraum 2015. Der Export ist zwar gestiegen, aber längst nicht in dem Maße, obwohl Europas Molkereien Pulver, Butter und Käse so billig anbieten wie lange nicht. So wachsen die Lagerbestände (Intervention). Die mit EU-Geldern subventionierten Bestände an Magermilchpulver haben die erst im April verdoppelte Obergrenze bald schon wieder erreicht. Die Erzeugerpreise sacken weiter ab. Es hilft nichts: Die Menge muss runter, damit der Preis raufgehen kann.

Genossen gefragt

Genossenschaftsmolkereien erfassen in Deutschland rund 70 Prozent der Milch, ähnlich ist es in anderen wich-

tigen Milcherzeugerländern. Rechtlich haben die Genossen jetzt alle Möglichkeiten, im Sinne der Milchbauern kurzfristig und befristet Maßnahmen zur Mengenreduzierung zu vereinbaren. Auch technisch können sie das. Das hat das Beispiel FrieslandCampina in den ersten sechs Wochen dieses Jahres gezeigt und das zeigen aktuell österreichische Molkereien wie die Gmundener Molkerei. Sie haben einen befristeten Bonus eingeführt für diejenigen Milchbauern, die der Molkerei ein paar wenige Prozent weniger Milch anliefern. Die Österreicher erheben sogar für eine gewisse Zeit einen Malus (Preisabzug) von denjenigen Betrieben, die trotz des Überangebots an Milch ihre Menge weiter steigern. Es geht also, technisch-administrativ sind unsere Molkereien bestens aufgestellt.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat im März – noch vor den Preisverhandlungen mit dem Handel – alle namhaften Molkereien in Deutschland angeschrieben und sie aufgefordert, solche mengenreduzierenden Maßnahmen einzuführen. Ganz besonders fordert die AbL das von der größten deutschen Molkerei, der Genossenschaft Deutsches Milchkontor (DMK). Rund ein Viertel der deutschen Milch geht durch DMK-Werke, so dass das DMK aus AbL-Sicht eine ganz besondere Verantwortung hat, einen Bonus zur Mengenreduzierung einzuführen und dafür auch

andere Genossenschaften zu gewinnen. Das DMK ist mindestens über seinen Aufsichtsrat eng mit dem Bauernverband verbunden, so dass auch der Bauernverband hier Druck ausüben könnte.

Doch DMK und Bauernverband lehnen das bisher ab. Sie haben anderes im Sinn: Sie wollen Verkaufskontore bilden. Das sind nichts anderes als Kartelle, aber eben nicht, um die Milcherzeugung in der Menge zu senken, sondern um das Angebot verschiedener Molkereien an Butter oder Trinkmilch gegenüber den Handelsketten zu bündeln. Kartellrechtlich ist das heikel, und die Vergangenheit zeigt, dass solche Kontore entweder in Fusionen von Molkereien münden oder scheitern. DMK und Bauernverband geht es offensichtlich darum, die Marktmacht der größten Molkerei noch auszubauen. Was sie dazu fordern? Änderungen am Kartellrecht.

Im EU-Agrarministerrat geht die Diskussion anders weiter: Am 17. Mai forderten neben Frankreich nun auch Italien, Belgien und Luxemburg mehr politischen Druck auf die Molkereien, die freiwillige Mengenreduzierung umzusetzen. Es brauche eine europäische Koordinierung, und EU-Gelder sollten besser hierfür eingesetzt werden als für Liquiditätshilfen, die den meisten Betriebe nicht helfen.

Ulrich Jasper,
AbL-Bundesgeschäftsführer



Treffen zum funktionierenden Milchmarkt

So konstruktiv hätte er ein Gespräch mit einem grünen Landwirtschaftsminister gar nicht unbedingt erwartet, erklärte der sichtlich ein wenig nervöse Vorstand des Deutschen Milchkontors (DMK) Thomas Stürtz nach dem Gespräch, zu dem Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) die Vertreter der Molkereien eingeladen hatte. Auch Meyer verwendete die Vokabel konstruktiv, obwohl er den protestierenden Bauern und Bäuerinnen von AbL und BDM vor der Tür sicherlich am Ende gerne mehr Konstruktives präsentiert hätte. Niemand von den Molkereien wagte sich aus der Deckung, um mit der Einführung eines mengenreduzierenden Systems à la FrieslandCampina im Frühjahr voranzugehen. Hinter den verschlossenen Türen gab es wohl einige, die sich dafür erwärmen könnten, aber das finanzielle Risiko auch durch den inzwischen noch geringeren Preis und damit auch geringeren Abstand zum Spotmarktpreis scheuen. Außerdem ist es eine Frage der Konkurrenz. Solange die großen Leuchttürme Ammerland und DMK nichts in der Richtung tun, ist das Signal klar. DMK-Mann Stürtz ließ keinen Zweifel daran, dass er nichts von Markteingriffen hält und auch nicht davon ausgeht, dass es auf europäischer Ebene Mehrheiten dafür geben wird. Trotz Unmutsrufen der anwesenden Bauern und Bäuerinnen beharrte Stürtz mehrfach darauf zu sagen, der Markt funktioniere doch, es gebe bei der DMK gerade schon einen Lieferrückgang. „Naja, er beginnt zu funktionieren“, relativierte er schließlich etwas. cs

Wir Bauern müssen zusammenstehen

Herr Greubl, Sie haben einen Milchviehbetrieb mit 110 Kühen in Franken. Mit einer ihrer Kühe sind sie vor dem Wahlkreisbüro von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in Neustadt/Aich gewesen. Die Aktion des Bundesverband Deutscher Milchviehhalter wird noch bis zum Ende des Monats weitergehen. Was erwarten Sie in der aktuellen Situation von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt?

Ich erwarte, dass Herr Schmidt die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz umsetzt. Er muss Geld einwerben um einen, am besten europaweiten, freiwilligen Lieferverzicht zu ermöglichen. Er darf sich nicht länger zum Handlanger des Bauernverbands und der Molkereiindustrie machen lassen.

Was erwarten Sie von ihren Berufskollegen?

Ich wünsche mir, dass sie erkennen, dass wir uns in einer ganz entscheidenden Phase für die Zukunft der Milchbauern in Deutschland und Europa befinden. Jetzt gilt es zusammen zu stehen und solidarisch zu sein. Ähnlich der Zeit zum Ende des Milchstreiks 2008 gibt es viele Bewegung. Damals haben wir auf die Politik vertraut und wurden enttäuscht. Dass passiert uns jetzt nicht mehr. Deshalb stehen wir auch vor dem Wahlkreisbüro. Es gilt jetzt alle Kräfte zu bündeln und dafür einzusetzen ein System zu installieren das zukünftig eine derartige Milchkrise verhindert.

Vielen Dank für das Gespräch!

mn

„Ich erwarte konkrete Ergebnisse“

Till Backhaus (SPD) aus Mecklenburg-Vorpommern, Vorsitzender der Länderagrarministerkonferenz und Landwirtschaftsminister, im Interview

Unabhängige Bauernstimme: Sie tragen als derzeitiger Vorsitzender der Agrarministerkonferenz (AMK) eine besondere Verantwortung. Speziell der Milchmarkt liegt am Boden, nun gibt es wegweisende politische Beschlüsse.

Till Backhaus: Ich erlebe eine Situation, die es in 25 Jahren nicht gegeben hat. So viel Frust und Verzweiflung auf den Betrieben. Ich kann es nicht ertragen, dass wettbewerbsfähige Betriebe, die ihre Tiere artgerecht halten, systematisch kaputt gehen. Auch ich bin Landwirt und leide deshalb besonders mit. Natürlich tragen die Bauern auch eine Mitschuld, indem sie zu viel produzieren. Deshalb habe ich mich immer schon dafür stark gemacht, dass sich die Marktbeteiligten vor dem Ausstieg aus der Quote selbst besser organisieren und Instrumente schaffen, um am Markt wirklich aktiv mitwirken zu können. Brüssel und Berlin haben davon gesprochen, ein „Soft landing“ für die Zeit danach vorzubereiten. Was wir jetzt erleben, ist eine Bruchlandung, bei der zahlreiche Existenzen und Betriebe zerstört werden.

Im aktuellen AMK-Beschluss wird die Molkereiwirtschaft aufgefordert, zeitlich befristet eine Milchmengenreduzierung ihrer bäuerlichen Lieferanten zu organisieren, die der Bund finanziell honorieren soll, damit der derzeit ruinöse Preis sich wieder stabilisieren kann.

Wir haben schon auf der letzten AMK in Fulda über freiwillige Maßnahmen diskutiert. Aber ich bin auch ein Freund von klaren Ansagen. Und jetzt muss man klar sagen, dass die Marktbeteiligten bisher nicht in der Lage waren, die Probleme eigenverantwortlich zu lösen. Davor darf auch oder gerade der starke Staat nicht die

Augen verschließen. Zumal der Bund von den Ländern auf der AMK gefassten Beschluss nicht moniert hat. Er hätte sein Veto einlegen können. Aber Bundesminister Schmidt hat auch erkannt, dass es ein Marktungleichgewicht gibt. Das zu bereinigen ist in erster Linie Aufgabe der Marktbeteiligten. Der Staat darf nicht zulassen, dass am Ende die gut aufgestellten Betriebe an der Krise zu Grunde gehen. Nun hat er einen Milchgipfel einberufen, was ich grundsätzlich begrüße. Ich erwarte allerdings auch konkrete Ergebnisse. Wenn es nur darum geht, Symbolpolitik nach außen zu betreiben, muss ich da gar nicht hin. Das Bundesministerium und die europäischen Partnerministerien müssen jetzt in den Krisenmodus umschalten. EU-weit muss der Druck auf die Wirtschaftsbeteiligten erhöht werden, damit endlich mengenreduzierende Maßnahmen vorgenommen werden. Wirkt dies nicht, ist Kommissar Hogan gefragt, dessen irische Landsleute den Markt ebenfalls anheizen, für eine gesetzliche Mengenreduktion zu sorgen.

In dem Beschluss wurde ja auch klar formuliert, dass es politische Konsequenzen geben wird, sollte die Molkereiwirtschaft sich bis zur nächsten AMK im Herbst nicht dazu durchgerungen haben, das vorgeschlagene Instrument zur Mengenreduzierung anzuwenden. Heißt das andersherum, die Politik kann sich nun erst mal zurücklehnen und abwarten?

Der Beschluss hat viel Kraft und Nerven gekostet, auch deshalb habe ich alle Beteiligten angeschrieben. Ich möchte mir ein genaues Bild von den Fortschritten machen und die AMK-Beschlüsse proaktiv vorantreiben. Ich habe die Molkereien angeschrieben,

aber auch die Verbände: Bauernverband, Genossenschaftsverband, Bund Deutscher Milchviehhalter, Raiffeisenverband. Sie haben immer wieder versprochen, wenn der nachgelagerte Bereich nur immer weiter fusioniert, dann stärkt das die Wirtschaft, die Bauern. Doch das ist nicht ausreichend, weil sich natürlich auch das Umfeld, zum Beispiel der Lebensmitteleinzelhandel, strukturell weiterentwickelt hat. Vier bis fünf Mrd. Euro gehen der Wirtschaft in diesem Jahr dadurch verloren. Es schwächt die gesamte Wertschöpfungskette, vom landwirtschaftlichen Betrieb über den Landhändler, Tierarzt, Handwerker auf dem Land.

Was gedenken Sie zu tun, um die Molkereien dazu zu bringen, den Beschluss der Länderagrarminister auch umzusetzen? Ihr niedersächsischer Kollege hat schon angekündigt, die Unternehmensvertreter an einen Tisch zu holen.

Wir haben uns schon im letzten Jahr mit den Marktbeteiligten getroffen. Sie argumentieren, dass sie im Wettbewerb stehen, die Situation schwierig sei und dass sie den Export ankurbeln wollen. Bundesminister Schmidt wird zu seinem Gipfel sicher auch die Molkereivertreter und die der Genossenschaften einladen. Ich persönlich denke über eine Sonderagrarministerkonferenz nach, wir müssen politisch den Druck noch weiter erhöhen. Und der Bund muss dann, wenn freiwillige Maßnahmen greifen, zusätzliche finanzielle Anreize schaffen. Hilfen sind aber ganz klar nur an eine Mengenreduktion gekoppelt.

Sie wollen aber noch mehr konkrete Maßnahmen?

Die Bauern müssen mehr Mitspracherechte bei der Vertragsgestaltung bekommen. Es sind die Voraussetzungen für Lieferverträge zwischen Molkereien und Milcherzeugern, unabhängig davon, ob es sich um Einzellieferanten, Mitglieder einer Genossenschaft oder einer Erzeugerorganisation handelt, zu schaffen, die konkrete Angaben zu Mengen, Preisen, Qualität, Laufzeiten, Liefermodalitäten enthalten. Dafür muss der Bund bei der EU-KOM eine Änderung der gemeinsamen Marktorganisation (Art. 148) herbeiführen und dann das nationale Recht entsprechend anpassen. Es kann nicht sein, dass man sich als Milchlieferant auf Kündigungsfristen von zwei Jahren



Till Backhaus (SPD), Landwirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern
Foto: Ministerium

einlassen muss. Ein Landwirt muss frei mit seiner Menge handeln können, eventuell auch nur einen Teil an eine Molkerei liefern. Die Bauern müssen für die Molkereien wieder präsenter werden und diese mit dem Rohstoff entsprechend umgehen und ihn nicht einfach an den Lebensmittelhandel veramschen. Die Molkereien und der Lebensmittelhandel ruinieren den Markt auf Kosten der Bauern. Das verurteilen auch die Verbraucher, sie müssen den Wert der Milch allerdings auch noch stärker erkennen und vor allem finanziell belohnen, sonst lässt sich auch ihr Wunsch nach höheren Standards nicht umsetzen.

Falls alles nicht fruchtet, was passiert dann von Seiten der Politik im Herbst? Steht zu befürchten, dass aufgrund sich abzeichnender veränderter Mehrheitsverhältnisse in der AMK am Ende alles im Sande verläuft?

Wir haben klare Mehrheiten in der AMK und die liegen bei den SPD-geführten Landesregierungen. Wir haben die Klarheit, um eine Lösung zu schaffen, die Ökologie, Ökonomie und soziale Verantwortung verbindet. Mir geht es nicht nur um Landwirtschaft, sondern um den gesamten ländlichen Raum, den blenden allerdings auch manche in der SPD gerne aus. Ich bin davon überzeugt, dass wir weiterhin sehr sachlich und fachlich in der AMK Kompromisse entwickeln werden.

Vielen Dank für das Gespräch! cs

Nicht eingeladen oder ausgeladen?

Zum Zeitpunkt des Interviews mit Landwirtschaftsminister Till Backhaus hatte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt seinen Plan, einen Milchgipfel Ende Mai durchzuführen, bereits angekündigt. Backhaus, wie auch weitere, wenn auch nicht alle Länderressortchefs mussten als in der Diskussion stehende Experten mit einem Handlungsbeschluss der letzten AMK an den Bund in der Tasche zum Gipfel eingeladen werden. Dann allerdings gab es zunächst eine Terminverschiebung und keine neue Einladung, angeblich fand sich im Bundesministerium kein Raum, der so viele Beteiligte an einem Krisengipfel zu Milch aufnehmen könnte. Es seien nur Molkereien und Handelsvertreter sowie der Bauernverband eingeladen, bestätigte das Bundeslandwirtschaftsministerium. Es zeugt von wachsendem Druck auf den Minister, dass nachträglich, eilig und kurzfristig Vortreffen von Staatssekretär Peter Bleser mit verschiedenen zum eigentlichen Gipfel nicht eingeladenen Milchinteressensvertretern anberaunt wurden. Ob Backhaus am Ende zu irgendwas von allem doch noch wieder eine Einladung bekam, war bis Redaktionsschluss nicht bekannt. cs

„Eine faire Aufteilung der Erlöse muss kontrolliert werden“

Der Präsident des litauischen Milcherzeugerverbands LPGA, Jonas Vilionis, über Preisanteile und Marktmacht

Unabhängige Bauernstimme: Herr Vilionis, wie ist die Situation am Milchmarkt in Litauen?

Jonas Vilionis: Wir haben sehr ungünstige Bedingungen als Milcherzeuger. Wir bekommen aktuell acht, für größere Mengen gestaffelt bis zu 15 Cent pro Liter. Vor Auslaufen der Milchquote hatten wir durchschnittliche Auszahlungspreise zwischen 27 und 30 Cent bis zu 35 Cent. Der errechnete Selbstkostenpreis liegt bei 34 Cent bzw. 32 für mittlere und große Betriebe. Letztes Jahr haben die litauischen Milcherzeuger insgesamt 75 Mio. Euro Verluste gemacht, in 2016 sind es bisher schon 40 Mio. Euro.

Was zählt in Litauen als kleiner, mittlerer oder großer Milchviehbetrieb?

Kleine Betriebe haben ein oder zwei Kühe, mittlere bis 20 Kühe und als groß gelten alle mit mehr als 20 Kühen. Insgesamt gibt es rund 53.000 Milchviehbetriebe, davon etwa 1.500 kleine, 49.000 mittlere und 2.500 große.

Und wie ist die Wertschöpfungskette organisiert?

Wir haben ein oligopolistisches System. Es gibt in Litauen fünf private Milchverarbeiter. Die haben einen harten Konkurrenzkampf gegen die lettischen und estnischen Unternehmen gewonnen.

Jetzt wird die Milch auch von dort zu uns gefahren. 60 Prozent der hergestellten Produkte gehen in den Export. Und es gibt nach einem ähnlichen Verdrängungswettbewerb fünf litauische Handelsunternehmen, die Supermärkte in allen drei Ländern betreiben. Aktuell interessiert sich Lidl für unseren Markt. Wenn dieses Unternehmen einsteigt, wird der Preiskampf nochmal befeuert.

Mit welchen Aktivitäten reagieren die Milchbäuerinnen und -bauern auf den Milchpreisverfall?

Als Verband sind wir mit der LPGA seit einem Jahr Mitglied im European Milkboard (EMB), um uns europaweit zu vernetzen. Hier in Litauen gab es Demonstrationen in der Hauptstadt Vilnius, bei denen mit Traktoren einige Straßen blockiert wurden. Den ganzen April über hatten wir ein Protestzelt vor dem Landwirtschaftsministerium, in dem jeden Tag, 24 Stunden lang, abwechselnd Vertreter aus den Regionen vor Ort waren. Vieles ist Öffentlichkeitsarbeit, Interviews, Fernsehbeiträge. Zuletzt haben sich Anfang Mai mehrere Milchliefergenossenschaften an einem dreitägigen Boykott der Handelsketten beteiligt, den Verbraucher wegen der extrem gestiegenen Lebensmittelpreise organisiert hatten. Da wurde u. a. vor dem Landwirtschafts-

ministerium kostenlos Milch verteilt und darauf hingewiesen, dass die Milcherzeuger nur 21 Prozent des Ladenpreises für Milch bekommen.

Was sind Ihre politischen Forderungen?

Wir stehen ständig in Kontakt mit der Regierung und fordern Regulierungsinstrumente für den Milchmarkt. Und dass sie sich bei ihren Verhandlungen mit Verarbeitern und Handel zur Höhe der Lebensmittelpreise für eine Stärkung der Position der Milcherzeuger einsetzen. 2015 trat ein Gesetz für faire Handelspraktiken in der Milchwertschöpfungskette in Kraft, das diese Abstimmungen möglich macht. Für Mai und Juni hat die Regierung nun bekannt gegeben, dass die Ladenpreise um 14 Prozent reduziert werden. Aber die Mehrwertsteuer ist hoch und die Verarbeiter- und Handelsunternehmen wollen ihre Margen nicht verlieren. Reduziert wird also auf Kosten der Milcherzeuger. Das Gesetz sieht eigentlich vor, die faire Aufteilung der Produkterlöse zu kontrollieren. Da erwarten wir Lösungen, sonst werden wir auch auf Bezirks- und Kreisebene Treckerblockaden beginnen.

Welche Reaktionen gibt es auf die Aktionen und auf die dramatische Lage der Milchviehhalter?

Es gibt einige, die meinen, Betriebe mit ein bis zehn Kühen sollten überhaupt verschwinden. Das halten wir nicht für die richtige Politik, dann leeren sich die Dörfer. Wir haben jetzt



Milchbauer Jonas Vilionis aus Litauen
Foto: LPGA

schon 4.000 Orte, die nur noch dem Namen nach existieren.

Gibt es Möglichkeiten für die litauischen Milcherzeuger, eine eigenständige Marktposition zu beziehen?

Es gibt einige Liefergenossenschaften, in denen sich Milchviehbetriebe zusammengeschlossen haben. Sie bündeln meist etwa 200 Tonnen Milch pro Tag, haben aber keine eigene Verarbeitungsmöglichkeit. Und die Molkereien zahlen diesen Gruppen niedrigere Preise als den Einzellieferanten. Sie wollen die Bäuerinnen und Bauern auseinander bringen. Zur Zeit baut nun eine größere Genossenschaft eine Fabrik, die noch in diesem Jahr in Betrieb gehen wird und 800 Tonnen Milch pro Tag zu Proteinkonzentrat verarbeiten kann. Wir erhoffen uns dadurch eine Konkurrenz. Wir müssen die Menge beherrschen und regeln können.

Vielen Dank für das Gespräch! cw



2009: Im Anschluss an den aus dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter entstandenen Milchstreik 2008, protestierten 2009 die Milchbäuerinnen tagelang vor dem Kanzleramt, um für eine flexible Mengenregulierung als Marktinstrument zu kämpfen. Milchpolitik ist und bleibt ein ständiges Thema. Als Antwort auf die Milchmengengarantieverordnung der EG gründete die ABL mit anderen Organisationen 1984 die "Schutzgemeinschaft gegen Milchkontingentierung". Die Einführung der Quote konnte nicht verhindert werden, die Auswirkungen ihrer Ausgestaltung wurden jedoch kontinuierlich kritisch beleuchtet: Die Ungerechtigkeiten bei Einführung sowie die fatalen Folgen der stets leicht zu hoch angesetzten Mengenbegrenzung für die Erzeugerpreise.
Foto: Herzog

Fortsetzung von Seite 11

allerdings wäre die Aufgabe eines Landwirtschaftsministers, zu erkennen, welchen Wert die von der aktuellen Krise betroffenen und zum Aufgeben gezwungenen Betriebe für den Erhalt der Kulturlandschaft, die Ernährungssicherung und damit für die Gesellschaft in Deutschland bzw. Europa haben, anstatt davon zu träumen, man könne von hier aus die Welt ernähren.

Wenn es den Bauern gelingt, die gesellschaftliche Bedeutung der Leistungen ihres Berufsstandes zu erkennen, diese mit den Anforderungen der Verbraucher als Vertreter der Gesellschaft abzugleichen und gemeinsam Druck auf Konzerne und Politiker aufzubauen, kann es gelingen, die Strukturen zu erhalten, die den Namen bäuerliche Landwirtschaft verdienen.

Das

allerdings wäre die Aufgabe eines Landwirtschaftsministers, zu erkennen, welchen Wert die von der aktuellen Krise betroffenen und zum Aufgeben gezwungenen Betriebe für den Erhalt der Kulturlandschaft, die Ernährungssicherung und damit für die Gesellschaft in Deutschland bzw. Europa haben, anstatt davon zu träumen, man könne von hier aus die Welt ernähren.

Wenn es den Bauern gelingt, die gesellschaftliche Bedeutung der Leistungen ihres Berufsstandes zu erkennen, diese mit den Anforderungen der Verbraucher als Vertreter der Gesellschaft abzugleichen und gemeinsam Druck auf Konzerne und Politiker aufzubauen, kann es gelingen, die Strukturen zu erhalten, die den Namen bäuerliche Landwirtschaft verdienen.

Vom Korn zum Saatgut

Wie sich auch Dinge verändern, die eigentlich unveränderlich sind

Aufgetaucht ist sie schon von Anfang an in den Schriftsätzen der Anwälte der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV): die Saatgutaufzeichnungsverordnung. Schon in Gerichtsverfahren Anfang der 2000er Jahre versuchte die STV sich darauf zu berufen, dass auch Erntegut, das von Bauern und Bäuerinnen möglicherweise zum Nachbau verwendet und deshalb zu Aufbereitern gebracht wird, von diesen gemäß der Saatgutaufzeichnungsverordnung erfasst werden soll. Die STV und ihre Anwälte hatten damit keinen Erfolg. Zum einen sicherlich, weil auch damals schon die Gerichte wie nun auch das Oberlandesgericht in Karlsruhe sehr wohl trennen konnten und wollten zwischen einer Verordnung, die durch Behörden zum Zwecke der Kontrolle des Saatguthandels angewendet werden soll und der Durchsetzung eines privatrechtlichen Schutzrechtes, das die STV mit den Nachbaugebühren anstrebt. Zum anderen wurde damals offenbar anerkannt, dass das Saatgutverkehrsgesetz, das so detailliert aufführt, was alles Saatgut sein darf, Nachbau eben gerade nicht erwähnt. Er ist somit auch nicht relevant für den Zweck, den die Saatgutaufzeichnungsverordnung verfolgt. Und in der Nachbauregelung wiederum wurden weitergehende Aufzeichnungspflichten – so zeigen die alten Protokolle – sogar explizit aus dem

Gesetzentwurf gestrichen.

Bei der Saatgutaufzeichnungsverordnung geht es darum, Verbraucher zu schützen, aber nicht die Konsumenten von Lebensmitteln, sondern Bauern und Bäuerinnen, die Saatgut kaufen. Es ist kaum eine Konstellation vorstellbar, in der Endverbraucher einen Schaden durch mangelhaftes Saatgut erfahren könnten, wohl aber Bauern und Bäuerinnen, die beispielsweise mit anderen Sorten oder Arten verunreinigtes oder mit Pilzkrankheiten infiziertes Material erwerben könnten. Und so hat die Saatgutaufzeichnungsverordnung ihren Sinn: die Nachverfolgbarkeit von Vertriebswegen. Diese sollen behördlicherseits erfasst werden, damit Bauern und Bäuerinnen im Falle des Kaufs mangel- oder fehlerhafter Ware Regressansprüche geltend machen können. Überprüfungen nehmen die Saatgutverkehrskontrollstellen vor. In den ministeriellen Dienstabweisungen taucht in all diesen Zusammenhängen nirgendwo der Nachbau auf. Warum sollte er auch, mag man sich fragen, geht es doch dabei um einen Akt, bei dem weder etwas ver- noch gekauft wird. Es treten eben auch keine zwei Handelspartner auf, von denen sich einer später unabsichtlich geschädigt fühlen könnte. Eigentlich ist der Nachbau etwas, das ausschließlich auf einem Hof in der Hand eines Akteurs stattfindet. Bis die die Auf-



2003: Auf der AbL-Mitgliederversammlung 1997 fing alles an. Adi Lambke (3. v. r.), widerständiger Anti-AKW- und Neuland-Bauer aus dem Wendland überzeugte eine kleine Gruppe davon, dass auch verloren geglaubte Angelegenheiten noch Einsatz lohnen. Die Nachbaugebühren waren per EU wie auch nationaler Gesetzgebung im Sortenschutz verankert, kaum jemand hatte es zuvor mitbekommen. Zehntausende Bauern und Bäuerinnen verweigerten sich, nur einige hundert begannen sich in der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze zu organisieren und juristisch Widerstand zu leisten. Dafür brauchte es fähige Anwälte: Patentanwalt Rolf Wilhelms (2. v. l.) und Rechtsanwalt Matthias Miersch (2. v. r.) wühlten sich tief ins unbekannte Terrain und ließen sich auch durch erste Misserfolge nicht entmutigen. Es hat sich gelohnt, 2003, als das Foto entstand, hatte Bauer Christian Schulin (links) gerade vor dem Europäischen Gerichtshof gewonnen, schon vorher hatte Kollege Cord Pralle (rechts) vor dem Bundesgerichtshof Erfolg gehabt. Wesentliche Ausforschungsversuche, eine allgemeine Auskunftspflicht für Bauern wie auch für Aufbereiter, Gebührenerhöhen über 50% hatten die Gerichte kassiert, die Pflanzenzüchter schäumten. Wie auch der Sekt, den Georg Janßen, Geschäftsführer der IG Nachbau, auf dem Bild öffnet. Foto: Schimpf

bereiter ins Spiel kamen. Dienstleister, die dafür sorgen, dass Erntegut gereinigt, vielleicht auch gebeizt wird. Aber nicht immer ist bei der Aufbereitung schon die Bestimmung klar. Trotzdem: Sorgen die Aufbereiter durch ihre Tätigkeit dafür, dass Erntegut zu Saatgut im Sinne der Saatgutaufzeichnungsverordnung wird? Vor fünf oder zehn Jahren hätte wahrscheinlich noch jeder fachlich mit der Materie befasste Mensch ob dieser Frage irritiert geguckt und vehement verneint, denn zur Bestimmung muss die staatliche Anerkennung kommen, wenn Saatgut produziert werden soll. Aus dieser Zeit stammen die Nachbaurteile, in denen die Argumentation der STV mit der Saatgutaufzeichnungsverordnung durch richterliche Nichtbeachtung gestraft wird. Aus dieser Zeit stammt auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), wonach ein Bauer einem Aufbereiter keinen Sortennamen nennen muss.

Alles neu?

Dann entschied sich eine Landesbehörde, das Landesamt für Verbraucherschutz in NRW (Laves), von Aufbereitern die Aufzeichnung ihrer Aufbereitungsvorgänge inklusive der Sortennamen zu fordern und argumentierte mit der Saatgutaufzeichnungsverordnung. Es setzte Bußgelder wegen fehlender Aufzeichnungen vor Gericht in Recklinghausen und in nächster Instanz vor dem Oberlandesgericht in Hamm durch. Die Erklärung, welches öffentliche Interesse das Landesamt darin sieht, dass Aufbereiter von Nachbau Sortennamen aufschreiben, bleibt es schuldig. Die gerichtliche Einschätzung, dass ein Landesamt die Anwendung der Saatgutaufzeichnungsverordnung verlangen

kann, erklärt nicht das Warum. Das liefert auch nicht der Leiter der AG Saatgutkontrollstellen Uwe Sander bei einem Vortrag auf dem Saatguthandelstag auf der Burg Warberg, bei der er aber nun den Nachbau mit in die Aufzeichnungspflichten hineininterpretierte. Das übernimmt auch das Bundessortenamt so. Der nächste Versuch der STV, die Saatgutaufzeichnungsverordnung zu nutzen, um die Aufbereiter zur Aufzeichnung von Sortennamen zu verpflichten, scheidet bislang am Oberlandesgericht in Karlsruhe. Allerdings nicht, weil die Richter dort nicht meinen würden, auch Nachbau falle unter die Saatgutaufzeichnungsverordnung, sondern weil sie anerkennen, dass eine behördliche Verordnung nicht zur Durchsetzung privatrechtlicher Interessen von der STV missbraucht werden darf. Ein weiteres Verfahren dieser Art ist vor dem Oberlandesgericht in Dresden ausgesetzt, solange nicht entschieden ist, ob der Bundesgerichtshof nicht doch nach Beschwerde der STV eine Revision zulässt. In Dresden ist sich die STV nicht zu schade, die mögliche Produktion gesundheitsschädlicher Lebensmittel durch schadhaftes Saatgut als Argument zur Anwendung der Saatgutaufzeichnungsverordnung anzuführen. Auch ein Jurist sollte wissen, dass ein Krankheitserreger nicht erst ein Getreidekorn im Boden vergammeln lassen kann, später aber noch Nachkommen des zuvor vergammelten Getreidekorns auch Konsumenten schädigen können. Man kann nur hoffen, dass Justitia mit Weitblick auffällt und sie nicht zulässt, dass vermeintliche Saatgutfachleute mit sprachlicher Tiefenschärfe entsprechend ihrer Interessenlage amtliche Texte nach ihrem Gusto interpretieren. cs

Tomatenpatent der Firma Syngenta

Die Firma Syngenta hat ein Patent auf Tomaten mit erhöhtem Flavonolgehalt genehmigt bekommen. 65.000 Menschen haben dagegen Einspruch eingelegt. Die Tomatenzüchterin Ulrike Behrendt erklärt im Interview, weshalb das Patent die Grundlagen der Zuchtarbeit gefährdet.

Frau Behrendt, Sie sind Tomatenzüchterin und engagieren sich im Verein Kultursaat e. V. Welche Einschränkungen befürchten Sie durch das von Syngenta beantragte Patent?

Für die Auswahl meines Zuchtmaterials stehen mir im Normalfall alle vorhandenen, auch geschützte, Sorten zur Verfügung. Das nennt sich Züchtervorbehalt. Ziel ist, dass jeder Pflanzen züchtende Mensch am allgemeinen Zuchtfortschritt teilhaftig werden kann, wenn er an einer neuen Sorte züchtet. In der Regel wird bei Tomaten mit klassischer Kreuzungszüchtung gearbeitet. Eine Tomate aus genau dieser klassischen Zuchtmethode hat sich die Firma Syngenta nun patentieren lassen. Diese kann ich nicht mehr als Ausgangsmaterial für meine Züchtungen benutzen.

Aber es handelt sich doch nur um eine Sorte, die Sie nicht mehr nutzen könnten?

In dem Patent geht es um eine stark flavonolhaltige Tomatensorte. Problematisch ist, dass man den Flavonolgehalt einer Sorte nicht ansieht und Syngenta das Patent so angelegt hat, dass der erhöhte Flavonolgehalt an sich geschützt ist. Die Auswahl meines Zuchtmaterials würde dadurch sehr unübersichtlich und teuer. Auch eine Züchtung auf erhöhten Flavonolgehalt wäre von vornherein ausgeschlossen. Auch wenn eine meiner anderen fertig gezüchteten Linien unbeabsichtigt einen hohen Flavonolgehalt hat, könnte Syngenta Rechte geltend machen. Diese permanente Unsicherheit lähmt, anstatt Innovation zu fördern.

Was fordern Sie konkret?

In dem Sinne der ökologischen Züchtervereinigung Kultursaat e. V., für die ich hier spreche bin ich der Meinung, dass die Pflanzenzüchtung eine gesellschaftliche Aufgabe ist und der Erhalt und die Entwicklung unserer Kulturpflanzen zugänglich und transparent bleiben müssen. Diese Freiheit darf nicht den einseitigen wirtschaftlichen Interessen eines einzelnen Konzerns geopfert werden.

Vielen Dank für das Interview!

mn

German Angst ums Öko-Recht

Das Ringen um die neue EU-Öko-Verordnung bleibt kontrovers

Ob, was lange währt, endlich gut wird, muss sich beim Thema EU-Ökoverordnung erst noch zeigen. Dass es allerdings länger dauert als jemals zuvor, die Regeln für den Ökolandbau in Europa zu überarbeiten, das ist jetzt schon sicher und macht es für alle Beteiligten nicht gerade einfacher. Offensichtlich wird daran, dass es nach wie vor scheinbar schier unüberwindbare Gräben nicht nur zwischen den politischen Institutionen, sondern auch zwischen den Verbandsvertretern und den politischen Institutionen und sogar auch innerhalb der Bioszene gibt. Nachdem die EU-Kommission schon 2014 noch unter dem rumänischen Agrarkommissar Dacian Ciolos mit einem Entwurf in Vorlage gegangen war, hatten EU-Rat und -Parlament zahlreiche Änderungsanträge. Derzeit stecken die drei Parteien im Trilog mehr oder weniger fest, so wirken Berichte aus Brüssel. Eigentlich sollte im Juni ein Abschluss gefunden werden, das scheint in weitere Ferne gerückt. Nach wie vor den schärfsten Konflikt gibt es um die von der EU-Kommission gewünschte Einführung von Pestizidgrenzwerten, auf die sie Ökoprodukte zukünftig verpflichtend untersuchen lassen möchte. Bei einer festgestellten Überschreitung dürfte das Produkt nicht mehr als Ökowerk vermarktet werden.

Dammbruch befürchtet

Schon von Anfang an hatte sich die gesamte deutsche Biobranche sehr scharf gegen die Einführung dieses Instrumentes gewehrt und damit im europäischen Dachverband des Ökologischen Landbaus, IFOAM-EU, ebenso überzeugt wie bei Politikvertretern und beim Deutschen Bauernverband. Die zentrale Begründung ist die Sorge vor einem Dammbruch. Die Einführung einer Produktkontrolle führe dazu, dass das bisherige System mit der Prozesskontrolle auf den Kopf gestellt würde und am Ende jedes Produkt als Bio vermarktet werden könne, das keine Rückstände von Pestiziden aufweise, so die Angst, die immer wieder formuliert wird. Und Rückstandsfrei könnten auch die Konventionellen bei entsprechendem Spritzmanagement. Im Vorschlag der EU-Kommission kommt die Prozesskontrolle nach wie vor vor, allerdings – und das ist ein weiterer Faktor, der für ablehnende Furcht in der Branche sorgt –

soll sie in die Zuständigkeit der Lebensmittelüberwachung verlagert werden. „Man könnte da eben so etwas wie einen politischen Trend ablesen“, formuliert Antje Kölling von Demeter in Berlin vorsichtig. Auch Tanja Barbian, die Rechtsexpertin vom Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), ist misstrauisch: Die Kommission messe der Produktkontrolle so eine große Bedeutung bei und wolle diese auch noch in die Lebensmittelkontrolle verlagern, deren klassisches Geschäft ja Rückstandsuntersuchungen seien, da müsse man um die Idee des Ökolandbaus, ein ganzes System zu kontrollieren und zu zertifizieren, fürchten. Die Ökobauern müssten nicht nur finanziell ausbaden, was die konventionellen Nachbarn ihnen einbrockten, so die Befürchtungen.

Woanders ganz anders

Woanders in Europa gibt es offenbar mehr Vertrauen, dass auch ein kombiniertes System aus Prozess- und Produktkontrolle möglich sein kann. In Belgien und Italien existiert es aufgrund entsprechender nationaler Gesetzgebung bereits seit den neunziger Jahren. „Untersuchungen auf Pestizide in Ökolebensmitteln sind ein zusätzliches Instrument der Betrugsvorsorge“, sagt Andrea Ferrante, langjähriger Vorstand des italienischen Ökolandbau-Dachverbandes. Außerdem sei es längst eine Realität des Marktes, da im Prinzip alle großen Vermarkter und Handelsketten solche Untersuchungen durchführten. Das ist auch in Deutschland so, bestätigen Ökolandbauvertreter und dass die Kosten längst auf die Bauern und Bäuerinnen umgelegt werden, daran zweifelt auch bei uns niemand. Erwähnt man allerdings Italien, erntet man rollende Augen, schließlich seien die Produktkontrollen dort eingeführt worden, weil immer so viel betrogen wurde und wird. Dass die „Azzurri“ mit ihrer Sympathie für ihr System nun als europäische Gralshüter strengerer Ökoregeln daherkommen, ist skurril. Ferrante schmunzelt darüber, auch über die Sorge, Ökolandbau in kleinräumigen Gebieten würde aufgrund der spritzenden konventionellen Nachbarn unmöglich. Ökolandbau gehe in Südtirol ja auch, so sein Konter. Überhaupt sei der landwirtschaftliche Anbau, Streit mit den konventionellen



1989: Im Hofladen des Biolandhofs Ostendorff wird mit dem Besuch eines afrikanischen Landwirtschaftsministers das Private politisch. Nicht nur für eine andere Agrarpolitik sondern auch um neue Wege in der Landwirtschaft wurde in ABL und Bauernstimme von Anbeginn gestritten und gerungen. Dazu gehörte für viele Bauern und Bäuerinnen in dem Umfeld die Auseinandersetzung mit dem Ökologischen Landbau. Es war beides: eine wirtschaftliche Perspektive für Betriebe, den den Ausstieg aus der Wachstumsspirale suchten und der Ausstieg aus einer Art der Landbewirtschaftung und Tierhaltung, die sich immer industrialisierter, immer rücksichtsloser gegenüber Umwelt und Tieren und immer unsolidarischer gegenüber den Menschen des Südens entwickelte. Gleichwohl blieb und bleibt es der Bauernstimme vorbehalten, sich auch kritisch mit den Entwicklungen im Ökolandbau auseinander zu setzen, die auch aufgrund des Biomarktbooms nicht ausblieben. Foto: Archiv

Nachbarn, kontaminierte Produkte, kaum ein Problem, stattdessen seien es hauptsächlich Verunreinigungen – ob nun unabsichtlich oder aus Betrugsgründen – im weiteren Handels-, Verarbeitungs- und Vermarktungsprozess. Die großen Skandale der Vergangenheit fanden fast immer in diesen Bereichen statt. Diese Erfahrung deckt sich mit den belgischen, wie die Öko-Interessenvertretung Nature et Progrès auf ihrer Homepage schreibt. Sie ruft dort dazu auf, eine Petition zu unterschreiben, die die EU-Verantwortlichen bittet, sich für eine obligatorische Produktkontrolle in Ökoprodukten in der neuen EU-Ökoverordnung einzusetzen. Die langjährigen Erfahrungen in Belgien seien positiv. Allerdings verlangen die Interessenvertreter einen Kompensationsfonds, aus dem Bauern und Bäuerinnen eventuelle Schäden durch Warenaberkennungen unkompliziert ausgeglichen bekommen. Damit würde man ihnen die Last nehmen, eine gerade bei modernen, fernabdriftenden Pestiziden fast unmögliche Beweisführung gegen ihre konventionellen Nachbarn hinle-

gen zu müssen. Außerdem bleibt ja richtig, dass nicht derjenige, der den Schaden hat, auch noch Nerven, Zeit und Geld investieren müssen sollte. Ansätze für eine Einführung eines Verursacherprinzips oder Kompensationsmöglichkeiten hatte die EU-Kommission schon in ihrem Vorschlag.

Kontrolle, wie?

In Belgien fürchten Ökolandbauvertreter den Verlust der Glaubwürdigkeit bei den Verbrauchern, wenn ihre neben der Prozesskontrolle etablierte Produktkontrolle durch ein neues EU-Recht kassiert würde. In Deutschland fürchten Ökolandbauvertreter den Verlust des ganzen Systems Ökolandbau, wenn die Prozesskontrolle durch die Einführung der Produktkontrolle in einem Zukunftsszenario kassiert würde. In Italien sagt Andrea Ferrante: „Der Ökolandbau ist eine kleine Nische mit einem Markt, der rasant wächst und sich wandelt, weil zunehmend auch große konventionelle Player ein wirtschaftliches Interesse haben. Das muss man unter Kontrolle behalten.“

Willkommenskultur bei Penny

Auch krumme Möhren oder Kartoffelherzen dürfen jetzt in den Discounter

Im Prospekt haben sie aufgemalte Gesichter, sollen niedlich oder cool wirken: die „Bio-Helden“ vom Discounter Penny. Der Name ist Teil der auch deshalb so durchgestylten Marketingstrategie der hinter Penny stehenden Rewe-Group, weil man dort durchaus unsicher war, wie die ganze Sache ankommt. Seit Ende April verkauft Penny nun „Naturgut Bio-Helden“, das heißt nichts anderes, als dass in den Verpackungen ökologisch erzeugter Obst- und Gemüsesorten auch immer mal Exemplare enthalten sein können, die aus optischen Gründen bislang aussortiert worden wären. Von den Medien wie auch von befragten Kunden gibt es positive Reaktionen, obwohl – und das ist vielleicht das wichtigste Signal – der Preis gleich geblieben ist und es keine Extra-Abverkaufsaktion ist. Letzteres hatte es bei anderen Lebensmittelhändlern auch schon gegeben, Rewe wollte nun bewusst vermeintlich schlechtere Qualitäten mit in das normale Sortiment aufnehmen. Deshalb auch der Marketingschachzug mit den Helden, die Macken haben, ganz großes Kino also. Außerdem traute man sich zunächst nur im Bio-Sortiment. Die Annahme ist, wie es der Südwestfunk formulierte, „dass die Willkommenskultur im Bio-Haushalt größer ist, Bio-Kunden als belastbarer gelten“. Fast ein bisschen beleidigt beeilte sich denn auch Aldi kurz nach dem medialen Auftakt von Penny zu verkünden, dass ihre Eingangskontrolle bei Bio-Gemüse auch immer schon etwas toleranter gewesen sei als bei konventioneller Ware.

Transparenz und Kommunikation

„Seit der Gründung des Bio-Kartoffel-Erzeugervereins vor sechs Jahren ist ein zentrales Thema unserer Arbeit eine Neubewertung von Qualitäten zu erreichen. In den letzten zehn Jahren ist immer mehr die Beurteilung nach optischen Kriterien in den Vordergrund getreten. Viel wichtiger sind aber der Geschmack und die Inhaltsstoffe“, schreibt Monika Tietke von der Bio-Erzeugerorganisation (BKE), die die Interessen eines Großteils der Bio-Kartoffelbauern vertritt. Vielfach sind hier die organisiert, die mindestens einen Teil ihrer Ware eben auch in konventionelle Handelsstrukturen liefern. Bio-Kartoffeln sind die Einstiegsdroge des konventionellen Lebensmitteleinzelhandels (LEH) gewesen, das bedeutete aber auch, dass sich die Bauern und Bäuerinnen dem strengen Diktat des Handels unterwerfen sollten. Der BKE hält dagegen, nicht durch Konfrontation sondern durch Kommunikation und Transparenz. Ein wichtiges Ziel, der prio-

ritäre Verkauf heimischer Ware anstatt des frühlommerlichen Flugwarenhypes, hat er durch intensive Gespräche weit vorangebracht. Heute gibt es kaum unverkäufliche alternde Bio-Kartoffeln mehr im Frühjahr, weil sich der LEH immer seltener schon im März ägyptische Ware in die Auslagen legt. So wie der BKE bei dieser Thematik einen Gesinnungswandel bewirkt hat, gilt es nun das Thema Qualität weiter zu bearbeiten. Dabei ist es kein einfaches. Monika Tietke weiß von den Vorbehalten zu berichten: Auch Rewe befürchtete falsch verstanden zu werden. Deshalb wurde bei der Kommunikation der Bio-Helden so viel Wert darauf gelegt, zu betonen, dass es nur um optische Mängel geht. Als ebenso wichtig wie die Kommunikation mit dem Verbraucher erachtet Tietke aber auch die Bewegung bei der Eingangskontrolle der großen Handelsketten. Sie bestimmten schlussendlich, was im Regal lande, sie müssten mitgenommen werden, wenn die Firmenleitung beschliesse, in der Frage der Optik großzügiger zu sein. „Rewe macht das entlang der Personalkette“, lobt Tietke, „damit ändert sich dann schlussendlich auch etwas für die Bauern.“ Und das müsse schließlich das Ziel sein, bei Kartoffeln etwa gehe es beispielsweise um eine größere Toleranz für Silberschorf, Verformungen, Wachstumsrisse. Damit landen am Ende erhebliche Mengen eigentlich einwandfreier Lebensmittel auch nicht einfach im Müll. „Das ist mir bisher in der ganzen Berichterstattung noch etwas zu kurz gekommen“, sagt Tietke, „die ökologische Verantwortung, die wir tragen und dass wir es uns schlicht nicht mehr leisten können, so viel wegzuschmeißen.“

cs

Milch „ohne Gentechnik“

Nachdem im letzten Sommer die Discounter Norma, Lidl und Aldi im Süden Frischmilch ihrer Eigenmarke ohne Gentechnik ins Regal stellten, will Lidl ab Juli nun deutschlandweit die Frischmilch ihrer Eigenmarke „Milboa“ nur noch mit dem „ohne Gentechnik“-Siegel vermarkten. Ab August folgen zwei Käsesorten. Lidl zahlt dafür „einen gemeinsam vereinbarten Zuschlag“ an die Bauern, um die höheren Kosten für zertifiziert gentechnikfreies Futter zu decken. Langfristig plane Lidl im Molke-reisortiment ausschließlich auf gentechnikfreie Produkte zu setzen. In Schleswig-Holstein bietet Aldi Nord seit Mitte Mai eine regionale Weidemilch unter der Eigenmarke „Meierkamp“ an. Kriterien seien mindestens 120 Tage im Jahr mit mindestens sechs Stunden Weidegang. Gefüttert werden ausschließlich Futtermittel ohne Gentechnik. Regional heißt hier, dass nur Milch von Höfen verwendet wird, die nicht weiter als 20 Kilometer von der Schleswig-Holsteinischen Nordseeküste entfernt sind. Abgefüllt wird die Weidemilch bei der Osterhusumer Meierei Witzwort eG. Aldi Nord prüft derzeit die Ausweitung von Weidemilch in weiteren Regionen Deutschlands. Die Molkerei Arla Foods (unter den Top Ten in Europa) will einen Anreiz für den Einsatz von mehr gentechnikfreien Futtermitteln schaffen. Der Ausgleich könnte einen Cent pro Kilogramm Milch betragen, je nachdem wie viel der Handel bereit sei zu zahlen, so Arla. Entschieden hat dies der Arla-Aufsichtsrat, da der Markt dies zunehmend verlange. Rund 20 % ihres Milchpools würden schon jetzt ohne Gentechnik erzeugt. av

Fleisch aus artgerechter Haltung

Der Bremer Bürgerantrag gegen den Einsatz von Fleisch aus Massentierhaltung in den öffentlichen Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung nimmt Fahrt auf. Eine Expertenrunde informierte die Bremische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, wie angemessen und umsetzbar dieser Verzicht aus unterschiedlicher Perspektive zu sein scheint. Die anfängliche Frage nach der Definition von „artgerecht“ wurde indessen elegant umschifft, indem die Antragsteller*innen sich darauf einließen, die Formulierung im Antrag von „artgerecht“ zu „ökologisch oder Neuland“ abzuändern. Fazit aus der Anhörung am 17. Mai: Grundsätzlich scheint es keine Bedenken zu geben, auf Fleisch aus Massentierhaltung verzichten zu können. Für die Umsetzung gilt es nun die Hausaufgaben zu machen und herauszufinden, wie viel Geld derzeit wofür ausgegeben wird. Eventuell ist es ohne finanzielle Mehrbelastung stimmig, wenn im Zuge der bereits zuvor beschlossenen Umsetzung der DGE-Ernährungsempfehlungen in der Menü- und Wochenplanung zu gleich bleibenden Preisen weniger Fleisch angeboten wird.

Lea Unterholzner, Geschäftsführerin AbL Niedersachsen/Bremen



2007: Die König der Kartoffeln, Linda, gezüchtet 1974 sollte kurz vor ihrer Freiheit, sprich kurz bevor der Sortenschutz der Züchterfirma Europlant nach 30 Jahren abgelaufen war, von der Bildfläche verschwinden. So hatte es sich Europlant jedenfalls vorgestellt und beim Bundessortenamt die Zulassung streichen lassen. Auf Initiative der AbL hin gründet sich der Linda-Freundeskreis, der eine frei vermehrbare Linda für Bauern und Bäuerinnen für die Kochtöpfe vieler engagierter Verbraucher erhalten will. Linda hat gerade im Ökolandbau und in der Direktvermarktung eine große Bedeutung. Nach Rechtsstreit und viel schlechter Presse nicht nur von der Bauernstimme lenkt Europlant 2007 schließlich ein. Linda erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Foto: Schievelbein

Afrika, das neue Spielfeld der Agrarkonzerne

Ob die New Food Alliance Entwicklungshilfe für die Bevölkerung oder Wachstumsmarkt für Unternehmen ist, steht noch nicht fest

Frau Heubuch, der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments hat unter Ihrer Führung Ende April einen Initiativbericht zur New Alliance for Food Security and Nutrition in Africa (NAFSN) verabschiedet. Was ist Ihre Kritik an dieser Initiative zur Ernährungssicherung?

Maria Heubuch: Die Neue Allianz wird von der EU unterstützt und soll Hunger bekämpfen. Doch in der Praxis fördert sie multinationale Konzerne und eine ressourcenintensive Landwirtschaft, die von Gentechnikpflanzen und Mineraldüngern abhängt. Sie versucht in afrikanischen Staaten, in denen ein Großteil der Bevölkerung von Subsistenzlandwirtschaft lebt, unser agrarindustrielles System einzuführen. Das Europäische Parlament benannte zahlreiche ernste Probleme innerhalb der Initiative und fordert von der Kommission sowie den EU-Mitgliedstaaten, diese zu lösen. Andernfalls würde ich so weit gehen, den Ausstieg aus der Neuen Allianz zu fordern.

Wie kann man sich die Umstellung auf ein agrarindustrielles System vorstellen? Der Schritt von der Feldbearbeitung mit der Hacke zur industriellen Produktion ist groß.

Wenn große ausländische Firmen, die bereits mit industriellen Methoden arbeiten, Land aufkaufen, geht

die Umstellung durchaus schnell. Veränderungsprozesse können aber auch langsam, etwa über Gesetzesreformen stattfinden. Nehmen wir Saatgut als Beispiel: In den meisten afrikanischen Ländern tauschen oder handeln Bauern ihr Saatgut untereinander. Das sorgt für eine große Sortenvielfalt. Nun sollen durch die New Alliance Staaten dazu verpflichtet werden, sich an das „Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen“ (UPOV) zu halten. Dieses betrachtet Pflanzen als geistiges Eigentum, deshalb kann Saatgut nicht mehr ohne Lizenzen vermehrt werden. Wenn nun durch die Umstellung der Landwirtschaft neue ertragsreichere Sorten eingesetzt werden, bringen diese den lokalen Saatgutmarkt mittelfristig zum Erliegen und Bauern werden von internationalen Saatgutunternehmen abhängig. Das läuft dem eigentlichen Ziel, das Leben von lokalen KleinbäuerInnen zu verbessern, entgegen.

In den betroffenen Ländern herrscht in der Regel eine ganz andere Eigentumskultur als bei uns. Oftmals sind die Eigentumsfragen des bewirtschafteten Lands nach unserem Rechtsverständnis ungeklärt. Hirtenvölker besitzen manchmal kein Land, ihre Tiere grasen auf dem Land der Allgemeinheit. Aber auch das ist nirgendwo festgeschrieben. Verändert

sich diese Situation durch die New Alliance?

Tatsächlich gibt es in manchen Regionen Afrikas keine Grundbücher, in denen der Besitz festgeschrieben wäre, und öffentliche Flächen stehen zum Nutzen aller zur Verfügung. Wenn eine Regierung solche Flächen an Investoren verkauft, entzieht sie einem Teil der Bevölkerung die Lebensgrundlage. Die Vergabe von Landtiteln mag aus europäischer Perspektive positiv klingen, ist es aus afrikanischer aber nicht unbedingt, denn sie ist eine Vorbedingung für den Ankauf von Land durch Unternehmen – und für Landgrabbing. In Malawi etwa wurde im Rahmen der New Alliance „brachliegendes“ Land Investoren bereitgestellt. Doch in Wahrheit handelt es sich um die fruchtbarsten Böden, die der kleinbäuerlichen Landwirtschaft nun fehlen, wie der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für Recht auf Nahrung kritisiert. Ein weiteres Problem ist, dass es für die betroffene Bevölkerung keine Möglichkeit gibt, Beschwerde einzulegen. Wenn im Rahmen der New Alliance etwa ein Dorf seine öffentlichen Flächen an einen Konzern abtritt und mit diesem aushandelt, er müsse dafür in die Infrastruktur investieren – eine Schule bauen, ein Krankenhaus – was passiert, wenn das Unternehmen sich nicht daran hält? Es bräuchte eine



Maria Heubuch, grüne Eu-Parlamentarierin

Neue Allianz?

Die „Neue Allianz für Ernährungssicherheit“ ist eine öffentlich-private Partnerschaft, die Investitionen in die unterfinanzierte Landwirtschaft zehner afrikanischer Staaten südlich der Sahara anziehen soll. Sie wurde im Jahr 2012 von den G8-Staaten ins Leben gerufen, und die Europäische Union beteiligt sich an der Neuen Allianz mit einem Gesamtbetrag von 1,2 Milliarden Euro. Wegen der potenziellen Risiken, welche die Investitionen für die Umwelt und lokale Bauern und Bäuerinnen bergen, wurde die Neue Allianz weltweit von der Zivilgesellschaft angegriffen.

Ombudsstelle und mehr Transparenz. Die aber gibt es nicht.

Monsanto hat dem EU-Parlament vorgeworfen, es sei neokolonialistisch, weil es sich gegen eine Unterstützung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Afrika ausgesprochen hat.

Ja, Monsanto sagte, afrikanische Regierungen sollten „selbst entscheiden“, ob sie Gentechnik verwenden möchten oder nicht. Sind plötzlich also auch Großkonzerne für die Selbstbestimmung von Entwicklungsländern? Wohl kaum. In Südafrika ist Monsanto kürzlich mit dem Gen-Mais MON810 gescheitert, versucht aber nach wie vor, es als Erfolg zu verkaufen. Man könnte den Vorwurf von Monsanto auch umdrehen und fragen, ob es nicht neokolonial sei, Regierungen durch die New Alliance zu Reformen ihrer Saatgutgesetze zu drängen, von denen Saatgutfirmen wie sie selbst profitieren. Wir als EU-Parlament sehen uns in der Verantwortung, für die New Alliance, die ja mit EU-Geldern unterstützt wird, und für die beteiligten Unternehmen einen Handlungsrahmen vorzugeben.

Vielen Dank für das Gespräch! mn



1996: Besetzung des Großgrundbesitzes "Giacomet" Paraná/ Brasilien, Foto von Sebastiao Salgado als Teil seiner Fotoausstellung über den Kampf der Brasilianischen Landlosenbewegung MST um Zugang zu Land. Abl. Bäuerinnen und Bauern standen in Kontakt mit der MST und machten in Deutschland durch Aktionen auf die Lage der Brasilianer aufmerksam - auch begleitend zu den Ausstellungen von Salgado. Der Zugang zu Land (nach der Wende auch hierzulande und bis heute brisantes Thema), die weltweiten Anliegen von Kleinbauern unter dem Dach von La Via Campesina sowie die Kritik an zunehmend drohenden Konzernabhängigkeiten bei z.B. Saatgut oder Produktstandards beschäftigen die Bauernstimme nach wie vor.

Bauer und Autor

Junges Gemüse trifft alten Hasen Matthias Stührwoldt zum Gespräch

Es ist ein schöner Nachmittag Anfang April, als ich bei Matthias Stührwoldt im schleswig-holsteinischen Stolpe, nahe Kiel, ankomme. Ich bin etwas nervös, da ich noch nicht recht weiß, was mich erwartet. Die Wohnungstür steht weit offen. Ich rufe zögerlich: „Hallo?“, und als Antwort kommt ein freundliches: „Komm‘ herein!“ In der Küche steht Matthias und füllt sich und seinem Mitarbeiter gerade selbst gemachten Kartoffelsalat und Bratwürstchen auf. Wie er mir mitteilt, ist er gerade erst nach Hause gekommen. Da wir nur kurz am Telefon miteinander gesprochen haben, stelle ich mich noch einmal vor und erzähle ihm, dass ich eine landwirtschaftliche Lehre abgeschlossen habe und mich für Landwirtschaft begeistere, meine Familie jedoch keinen Hof bewirtschaftet. Von Matthias erfahre ich, dass er eher ein „Grünlandbauer“ ist und dass ihm seine 52 Milchkühe sehr am Herzen liegen. Er kocht einen Kaffee und erzählt, wie sein landwirtschaftlicher Werdegang war.



Mit elf Jahren begann er im väterlichen Betrieb mitzuhelfen. Nach dem Abitur schloss er erfolgreich eine landwirtschaftliche Lehre ab, probierte sich dann aber im sozialen Bereich und absolvierte seinen Zivildienst in einem Kindergarten, wo er auch seine Frau Birte kennen lernte. Nach einem abgebrochenen Agrarstudium meldete sich Matthias an der Höheren Landwirtschaftsschule in Rendsburg an. Diese schloss er erfolgreich mit dem Meisterbrief ab und bekam anschließend von seinem Vater den Hof überschrieben. Matthias ist 30 Jahre alt, als er den Hof übernimmt. Sein Vater ist 64 Jahre alt.

Doch die Hofübergabe lief nicht konfliktfrei ab und war eine große Umstellung für seine Eltern. Es stand ein Umzug bevor, auch wenn der Fahrweg nicht weit war. Aus historischen Gründen besteht der Hof aus zwei Hofstellen, die zwei Kilometer voneinander entfernt liegen und in dessen Nebenstelle

Matthias mit seiner Frau und seinen Kindern bis dahin gelebt hatte. Die Tatsache, dass aus Platzgründen viele Dinge der Eltern entsorgt werden mussten, stieß bei ihnen auf Unmut. Matthias erzählt mir, dass man mit der Zeit und den Erfahrungen, die man macht, in seine neue Rolle als Betriebsleiter hineinwächst. Dies sei ein kontinuierlicher Prozess, bis man sich letztendlich sicher fühle. Gerade die Konfliktbewältigung zwischen seiner Mutter und seiner Frau war ein entscheidender Schritt zur Rollenfindung. Die Schwiegertochter, die nicht auf dem Betrieb mitarbeitete und ihrem Beruf im sozialen Bereich weiter nachging, stieß auf völliges Unverständnis seitens Matthias' Mutter, die sich zudem mit ihrem neuen Leben als Rentnerin schwer tat. Doch Matthias stand zu seiner klaren Entscheidung: „Entweder ihr akzeptiert unsere Entscheidung oder wir sind weg!“ Die Entscheidung wurde akzeptiert und der Kleinkrieg löste sich mit der kommenden Routine langsam auf. Seine Mutter half lange beim morgendlichen Melken und so manch ein Lehrling musste ihre verbesserungsfreudige Art am Morgen ertragen. Matthias meint, dass es immer wichtig sei, sich auch in den Anderen hineinzusetzen, um so Verständnis für sein Gegenüber zu gewinnen.

Für Matthias' Vater war die Umstellung auf sein neues Leben leichter. Er half auf dem Hof mit, wenn er gebraucht wurde. Die Entscheidung seines Sohnes, biologisch zu wirtschaften, konnte er nach anfänglichen Bedenken akzeptieren, da es sich rechnete. Matthias erzählt mir, dass er wirklich sehr froh war, später nicht mit seinen Eltern unter einem Dach wohnen zu müssen, das hätte einiges erleichtert. Gleichzeitig ist er auch sehr dankbar für den Erfahrungsaustausch mit ihnen. Matthias' Sohn Peer macht gerade eine Ausbildung zum Landwirt, was Matthias sehr freut. Eventuell wird sein Sohn den Hof später übernehmen, doch die Entscheidung ist noch offen.

Unser Gespräch nähert sich dem Ende. Bevor es dämmrig wird, steigen Matthias und ich noch auf den Hügel der Kuhweide, von dem aus man beide Hofstellen sieht. Was ich mitnehme aus dieser Begegnung? Generationenkonflikte tauchen überall auf, egal ob mit oder ohne Hof. Das sehe ich auch in meinem Umkreis. Um diese zu bewältigen, bedarf es Ausdauer sowie Mut, sich den Themen zu stellen und als Junglandwirt seine Meinung zu verteidigen, Einfühlungsvermögen zu haben und verantwortungsbewusst zu sein. Familie ist ein großer Schatz.

*Katrin Garbelmann,
junge AbL*

Bauernsterben

Erst seit ein paar Jahren im Dorf, kenne ich, ehemalige Bäuerin, wiewohl gut integriert, nicht alle Personen- und Besitzverhältnisse. Gestern auf dem Maifest traf ich viele Bekannte. Neuigkeiten wurden ausgetauscht und beredet, darunter einige neuere Todesfälle. Ich fragte, ob die Todesmeldung eines gewissen S. in der Zeitung etwas mit der Familie S. auf einem etwas außerhalb gelegenen Bauernhof zu tun habe. So erfuhr ich, dass sich der Bauer S., 60 Jahre, erhängt hat.

Verstört fing ich an, bei den Nachbarn und anderen gewöhnlich gut unterrichteten Leuten nachzufragen, wieso, warum, was, wie ... und die Frau?

Folgendes erfuhr ich:

Übereinstimmend wurde betont, S. sei ein sowohl sehr tüchtiger als auch leidenschaftlicher Bauer gewesen, der Hof gut in Schuss, mit über 50 Kühen und Nachzucht einer der größeren in unserer Gegend, gute Milchleistung, vorbildlicher Ackerbau. Der Hof ist ein Pachtbetrieb, seit sehr vielen Jahren. Noch aus der Zeit vor dem Boom der Biogasanlagen und der damit einhergehenden Explosion der Pachtpreise stammten wohl die Verträge. Einige Leute meinten, der Verpächter habe in den letzten Jahren deshalb erheblichen Druck auf den Bauern ausgeübt, um entweder mehr Pacht oder den Bauern vom Hof zu bekommen. „Du bringst mich noch ins Grab“, habe jemand den Bauern zum Eigentümer sagen hören.

In letzter Zeit habe dem Bauern S., wie allen Milchbauern hier, der abstürzende Milchpreis zusätzlich enorme Sorgen gemacht. Mit der Frau habe er hin und her überlegt, wie sie sich bis zur Rente und dem damit verbundenen Ende des Pachtvertrags hinüberretten könnten – und was dann aus ihnen werden sollte. Sie hatten wohl einige Ideen und Pläne, aber eben auch große Sorgen.

An dem Unglückstag habe S. noch Gülle gefahren und einem Nachbarn zugewunken. Dann kam der Beratungsdienst angefahren. Die Frau habe den Nachbarn später gesagt, der Beratungsdienst hätte den beiden ohne Wenn und Aber zum Aufhören geraten, der Milchpreis werde noch deutlich weiter sinken. Dann seien die Männer wieder gefahren. Ihr Mann habe nichts gesagt, sondern angefangen, den großen Schlepper zu waschen. Wenig später habe sie ihn erhängt gefunden.

Einer der nächsten Nachbarn, selber Milchbauer, hat von zwei weiteren Bauern erzählt, die sich nach dem Besuch des Beratungsdienstes und dessen Prognose zum Milchpreis umgebracht haben. Einer davon sei sogar während des Gesprächs weggelaufen und nur noch tot gefunden worden.

Ich habe dann vom Maifest zwei Stück Torte mitgenommen und bin zu Frau S. gefahren. Da sie momentan einen Betriebshelfer hat und noch einige helfende Hände, hat sie sich gerne etwas Zeit genommen. Wirklich helfen kann ich ihr auch nicht, aber zumindest zuhören und mit ihr überlegen, wie es für sie jetzt weitergehen kann.

Ich fühle mich ohnmächtig wütend, dass man inzwischen nicht nur die Höfe, sondern jetzt auch die Bauern sterben lässt! Bauern, lasst euch nicht gegeneinander ausspielen, schließt euch zusammen, seid erfinderisch, geht mit den Verbrauchern, umgeht so ein verrücktes Konstrukt wie den „Weltmarktpreis“, geht mit der AbL! Jeder einzelne Hof wird gebraucht (werden), um diese unsere Erde nachhaltig bewohnbar zu machen ...

„Nicht nur die Höfe erhalten, sondern auch das Land“

Der Milchviehbetrieb Mansholt setzt auf Grundfutter, Freiheit und politisches Engagement

Es ist zehn Uhr morgens an einem Dienstag, als wir einen Termin für einen Betriebsbesuch ausmachen – für Milchbäuerin Karin Mansholt an diesem Tag schon der dritte Anruf rund um Milchpolitik und Öffentlichkeitsarbeit. Nicht ungewöhnlich, sondern seit Jahren Tagwerk am Küchentisch des Hofes. Mit Blick auf weite Grünlandflächen per Telefon und Internet verbunden mit Kollegen überall in Deutschland und Europa – oder selbst unterwegs, um sich für Marktrahmenbedingungen einzusetzen, die Milcherzeugern eine eigenständige Markt- und Verhandlungsposition ermöglichen. „Meine drei Männer und die Schwiegertochter in spe halten mir den Rücken frei“, betont Mansholt, „ich habe mich betrieblich immer mehr zurückgenommen.“ Sie ist seit den ersten regionalen Versammlungen im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) aktiv, seit acht Jahren Regionalteamleiterin für Ostfriesland und mittlerweile auch Beirätin. Zusammen

mit ihrem Mann Egge betreibt sie einen Milchviehhof mitten in der ostfriesischen Region Krummhörn. Beide Söhne helfen mit. Der ältere schließt demnächst seine Meisterprüfung ab und möchte mit seiner Partnerin den Hof in ein paar Jahren übernehmen.

Vor Ort gestalten

Den Mansholts ist eine grünlandbetonte Wirtschaftsweise wichtig. Die Kühe sind im Sommer ganztägig auf der Weide. Es sind Deutsche Schwarzbunte Niederungsrinder (DSN), eine alte Rasse zur Doppelnutzung für Milch und Fleisch, die gut zur grundfutterbetonten Fütterung mit geringen Kraftfuttergaben passt. Die Bullenmast ist ein weiteres wirtschaftliches Standbein. Beim Kraftfutter setzen die Mansholts seit rund 15 Jahren auf Gentechnikfreiheit, haben ihr System immer weiter entwickelt: Seit vielen Jahren stellen sie ihre eigene Hofmischung aus Getreide und Ackerbohnen her. Zugekauft wird ergänzend je nach Boh-

nenenertrag Rapsschrot und etwas pelletiertes Lockfutter für den Melkstand. Vor fünf Jahren haben Mansholts die Einkaufsgemeinschaft gentechnikfreie Futtermittel Oldenburg, Ammerland, Ostfriesland mitgegründet. Die Kraftfuttergaben halten sie gering, richten sie nach der Grundfutterqualität aus. Aktuell sind es etwa 6 kg pro Kuh und Tag. Je nach Mengensituation auf dem Markt steuern Mansholts Milchleistung und betriebliche Verwertung bei der Kälberfütterung. Bei Übermenge muss gebremst werden. Aktuell werden 6.000 Liter pro Kuh und Jahr erzeugt, es können bis zu 7.500 Liter sein. Mit diesem größtenteils auf den eigenen Flächen erzeugten Ergebnis sind Karin und Egge Mansholt sehr zufrieden.

Verhandlungserfolge erkennen

Mansholts sind Teil der Milchliefergruppe Ostfriesland (MLO). Gemeinsam verhandeln sie die Konditionen für die Milchlieferung mit der Molkerei, schließen aber Einzelverträge ab.

„Angefangen haben wir mit 17 Betrieben, heute sind es 104“, beschreibt Egge Mansholt, „das ist so die Grenze, wo wir noch den Überblick behalten können.“ Ausgehandelt haben sie einen Mischpreis aus den Auszahlungspreisen zweier Leitmolkereien sowie angepasste Konditionen und erreichen so meist einen überdurchschnittlichen Preis. Karin und Egge Mansholt verfolgen kopfschüttelnd, dass es immer wieder Kollegen gibt, die verquererweise Stimmung gegen Verhandlungserfolge von gemeinschaftlich auftretenden Milchbäuerinnen und -bauern machen – anstatt gegen ihre schlecht auszahlende eigene Molkerei vorzugehen.

Bäuerinnenstimme mit Gewicht

Im Jahr 2009 hat Karin Mansholt gemeinsam mit rund 250 Milchbäuerinnen tagelang vor dem Kanzleramt gezeltet, um gegen die schlechte Marktposition der Höfe zu protestieren. Bäuerinnen waren von Anfang an gleichberechtigt im BDM dabei – aber für viele war dieses Erleben der Gemeinschaft und des bundes- und europaweiten Netzwerkes auch der Start des öffentli-



chen Auftretens: Sie waren plötzlich mitten drin in der politischen Diskussion, gaben Interviews, setzten sich mit Bundespolitikern auseinander – und merkten: Ihre Argumente direkt vom Hof haben Gewicht. „Das Netzwerk ist ganz wichtig“, betont Karin Mansholt, „das erweitern wir ständig und nutzen die Infos für den Austausch unter Bäuerinnen und Bauern bei lokalen Veranstaltungen.“ Sie ärgert sich über hartnäckige Totschlagargumente, die es immer wieder zu entkräften gilt. „Da wird zum Teil bewusst mit fehlleitenden Begriffen wie ‚Quote‘ diskutiert“, so die Milchbäuerin. Das wichtigste Ziel besteht für Karin Mansholt darin, dass die Milcherzeuger alle wichtigen Infos und Daten bekommen, „um sich fundiert eine eigene Meinung bilden zu können. Wir müssen den Markt beobachten, die Auswirkungen kennen und uns Handlungsmöglichkeiten verschaffen. Den Rahmen dafür müssen wir selbst von Politik und Marktpartnern einfordern, bis wir ihn haben.“

cw



Karin und Egge Mansholt in Politik und Kuhstall tätig

Foto: Weißenberg

Betriebsspiegel:

70 Milchkühe, Deutsches Schwarzbuntes Niederungsrind (DSN)
100 Tiere Nachzucht und Bullenmast
Boxenlaufstall mit Sommerweide
Kleiboden, 90 ha, davon knapp 30 ha Ackerland
Weizen, Gerste, Hafer, Ackerbohnen

Kanadisches Modell in Bayern

Milchbauernabend auf dem Reutberg mit 800 Besuchern

Auf dem jährlichen Milchbauernabend des Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) durfte erstmals Walther Mauk (stellv. Vorstand der AbL-Regionalgruppe bayerisches Oberland) offiziell für die AbL sprechen. Mit Begeisterung stellte er das „kanadische Milchmarkt Modell vor. Er war eigens nach Kanada gereist war um sich ein genaues Bild zu machen. Die Nachricht eines Auszahlungspreises von 55- 57Cent pro Liter Milch beeindruckte das Publikum. Das kanadische Modell garantiere den Bauern seit über 50 Jahren ein gerechtes Einkommen, so Mauk Jeden Monat müsse etwa die gleiche Milchmenge angeliefert werden, damit keine Überschüsse anfielen, erklärte er dem Publikum. Am Besten funktioniere die Mengenplanung unterhalb einer Leistung von 7000 Kg Milch pro Kuh und Jahr. Eine Zentrale Mengestelle übernehme die Koordination.

Unmut kund tun

Auf verlorenem Posten war die CSU-Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer. Sie bekam bei ihrem Eingangreferat auf dem Reutberg den Widerstand der Bauern zu spüren. Wenig Applaus, dafür verärgerte Zwischenrufe hatte sie für ihre Statements über die von der Politik geschaffenen laufenden Förderprogramme und die „hervorragende landwirtschaftliche Ausbildung“ geerntet. Um sich in der Wertschöpfung besser aufzustellen,

müssten sich Bayerns Erzeuger besser bündeln. Wichtig für die Zukunft seien die Absatzförderung für Exporte und neue Märkte, die es auszubauen gelte. Als weitere Alternative nannte die Politikerin die mögliche Einführung von Warenertermärkten wie etwa im Getreidebereich. Generell sehe man in genossenschaftlichen Beziehungen zwischen Erzeugern und Molkereien größere Chancen, die Mengensituation besser abschätzen zu können. Über eine Mengensteuerung, wie sie die Molkerei Friesland-Campina entwickelt habe, „muss man nachdenken“. Ein „Mengen-Modell“ dieser Art auf Europa zu übertragen, dazu gebe es derzeit aber keine Mehrheiten

Das Publikum begeistern konnte Johannes Pfaller, Milchbauer im fränkischen Landkreis Roth und BDM-Bundesbeirat. Er forderte von der Politik einen rechtlichen Rahmen um die Milchmenge einzudämmen. Dass es solche Regeln nach dem Quotenende und der vorhersehbar folgenden Milchschwemme bis dato nicht gibt, lastet Pfaller in erster Linie dem Bauernverband an. Von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) als wichtigem europäischen Agrarpolitiker sei nichts zu erwarten.

*Lucia Egner,
AbL-Bayern*



2009: „Es gehört schon etwas dazu, damit Bauern auf die Straße gehen um für ihre Rechte und Interessen zu protestieren und zu kämpfen. So hat es denn auch bei uns in Lüchow-Dannenberg fast zwei Jahre gedauert, bis wir erkannt haben, welche Gefahren unserer Landwirtschaft durch die Atomanlagen in Gorleben drohen und dass wir die Entscheidung keinesfalls den Politikern allein überlassen dürfen“, das schrieb Bauer Heinrich Pothmer 1979 der Gründung der bäuerlichen Notgemeinschaft im Wendland. Die Bauern und Bäuerinnen mit ihren Traktoren waren Jahrzehnte Symbol für einen Widerstand gegen die Atomkraft. Sie waren immer besonders betroffen: „wir können nicht einfach wegziehen“ eine saubere Umwelt ist die Grundlage bäuerlichen Lebens und Arbeitens. Über Jahrzehnte entwickelte sich gerade im Wendland eine immer kreativer geführte Auseinandersetzung mit dem Staat um die Atomkraft, häufig spielten die Trecker – als Symbole oder Blockadeobjekte – eine entscheidende Rolle. Und wer einmal eine der legendären Stunkparaden mit hunderten von Traktor anlässlich der Castortransporte erlebt hat, weiß, was gesellschaftliche Bewegung bedeutet. Auch wenn Gorleben noch immer als Atomstandort im Gespräch ist, hat maßgeblich das Wendland, und in ihm die Bauern und Bäuerinnen das Ende der Atomkraft mit besiegelt.

Soy Kanada fordert CETA-Zusagen einzuhalten

Soy Kanada – der kanadische Verband der Sojaindustrie – übt Druck auf die EU-Kommission aus und verlangt in einem Brief an Jean-Claude Juncker eine formelle Erklärung, warum die Kommission die Importzulassung von drei GV-Sojasorten verzögere. Während der CETA-Verhandlungen verpflichtete sich die Kommission demnach, Zulassungsanträge von GV-Pflanzen „so schnell wie möglich innerhalb des festgelegten Verfahrens im EU-Zulassungsrecht“ zu bearbeiten. Nun seien schon 3,5 Monate vergangen, seitdem die Kommission die drei Sojasorten zur Zulassung vorgeschlagen habe. Soy Kanada fordert auch die kanadische Regierung auf, Druck auf die EU auszuüben, damit diese die Zulassung abschließt und eine Erklärung für die Verzögerung abgibt. Soy Kanadas Kommentar: „Die Glaubwürdigkeit der CETA-Vereinbarung steht auf dem Spiel, wenn Europa Verpflichtungen ignoriert, die es während der Verhandlungen gemacht hat.“ av

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2016 Schwerpunkt: Wachstum - 22,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Matthias Stürwaldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder
AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche Kleinanzeigen 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de, Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juli / August ist der 17. Juni 2016.** Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

Hof und Arbeit

- **Zu verkaufen:** Im Südosten Frankreichs (Drôme), Viehzuchtbetrieb in einem Weiler gelegen, seit 1990 biodynamisch bewirtschaftet, 30 ha in Eigentum, 150 m² Bauernhaus, 300 m² Wirtschaftsgebäude inkl. Käserei (EU-Zulassung), Waldweide und weitere Pachtflächen möglich. Preis: 350.000 €. Wir sprechen Französisch, Englisch und Spanisch. Stéphane Cozon et Marion Haas, la Ferme de Baume Rouse, 26400 Cobonne, ☎ 00333475250868, lafermedebaumerousse@gmail.com
- **Biete Ausbildungsplatz** für 2016/17 auf Milchviehbetrieb, 120 Milchkühe, Grünland und Ackerbau mit Leguminosen für das eigene Krafftutter. Dem Hof ist eine Molkerei angeschlossen. ☎ 0172-5216490



Marktstände für Direktvermarkter
ökologisch - praktisch - schön

www.klipklap.de 16845 Rohrlack 033928 239890

BRENNEREI & Apfelsaft Mosterei
Hauer

Prämierte Eifeler Edelbrände & Liköre
Individueller Geschenkideen
Firmenpräsentation & Sonderdesigns
Probierstube mit Brennereiführung

www.eifelbrennerei-hauer.de 54636 Niederweiler
info@eifelbrennerei-hauer.de Tel/Fax 06569 7284

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

100 PROZENT FAIRE TIERHALTUNG

Wege zu einer Landwirtschaft mit Zukunft

Konferenz am 18. Juni 2016 10.30-17.00 Uhr
RP5 Stage, Raschplatz 5, Hannover

Infos & Anmeldung:
» gruene-bundestag.de » Termine

UNS GEHT'S UMS GANZE

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
www.gruene-bundestag.de

Veranstaltungen

Tomorrow - Der Film

02.06.2016 **Bundesweiter Start**
Ein Film über die Lösungen, die wir brauchen, um den globalen ökologischen Kollaps aufzuhalten.

Vorführungen und Termine:
www.tomorrow-derfilm.de/

Freihandelsabkommen

02.06.2016, 18 Uhr, Berlin
Das 11. zivilgesellschaftlichen Außenwirtschaftsforum in Berlin diskutiert zum Thema: Europas geplante Freihandelsabkommen: Ein Angriff auf die bäuerliche Landwirtschaft? Die

EU verhandelt mit den USA und Kanada, aber auch mit Japan, Australien, Neuseeland, Mexiko, Mercosur/Südamerika, Indien, Philippinen, Thailand usw. – wie immer geheim und hinter verschlossenen Türen. Fast immer spielen Export- und Marktöffnungsinteressen der europäischen Lebensmittelindustrie eine wesentliche Rolle. Was wird hier gespielt? Was bedeutet diese Agenda des Landwirtschaftsministeriums, des Wirtschaftsministeriums und der EU-Kommission? Welche Konsequenzen hätte diese Politik? Wer profitiert davon, wer verliert?

Anmeldung erbeten an Leonard Gehrmeyer: l.gehrmeyer@forumue.de, Ort: Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstraße 58/59, 10117 Berlin-Mitte

TERRA VIVA MARCH

04.06.2016, 12 Uhr, Düsseldorf
Demonstrationszug und Markt Aller Möglichkeiten für ein Bündnis aller Völker weltweit und zum Schutz der Erde.

Ort: Graf-Adolf-Platz, Düsseldorf

Leben findet Stadt

05.06.2016, 12 Uhr, Düsseldorf
Politischer Suppentopf mit Workshop, Diskussionsrunde und gemeinsamem Kochen.

Ort: Uedesheimer Straße 2, Düsseldorf

AbL Krise der Landwirtschaft

11.06.2016, 20 Uhr, Nähe Leer
Diskussionsveranstaltung: „Krise der Landwirtschaft – droht unserer Region ein Strukturbruch?“ – zu den Auswirkungen der Milchkrise auf die Landwirte und auf den vor- und nachgelagerten Bereich. Teilnehmer: Landwirtschaftsminister Christian Meyer, und Ottmar Ilchmann, Milchbauer (AbL). Moderation Arno Ulrichs, IHK Emden.

Ort: Rathaussaal Ihrhove, Bahnhofstraße 18, 26810 Westoverledingen

Honigschleuderfest

12.06.2016, 12 Uhr, Tonndorf
Honigschleudern für Groß und Klein.

Programm: www.Schlossimkerei.de

AbL Bäuerliche Perspektiven

24.-25.06.2016, Walberberg/Bonn
Seminar zum Thema: Kleinbäuerliche Lebensperspektiven angesichts von Ernährungsunsicherheit, Umweltzerstörung und Klimawandel. Was können Bäuerinnen und Bauern in Zimbabwe und anderswo vom Ergebnis der Pariser Klimakonferenz erwarten?

Anmeldung und Information: http://www.zimbabwenetzwerk.de/Kalender/20160624/ZN_Vorankuendigung2.pdf

Öko-Erlebnistage in Bayern
Jetzt anmelden für den Aktionszeitraum 03.09.-03.10. 2016!

www.oekoerlebnistage.de

Eiweißfutter aus Niedersachsen – Feldtage 2016

Donnerstag, 2. Juni 10.30 – 15.00 Uhr

Feinsamige Leguminosen im Milchviehbetrieb

Treffpunkt: Molkerei von Wolfgang Johanning, Nienburger Straße 35, 49453 Rehden

- Direktvermarktung: Milchtankstelle, eigene Molkerei
 - Direktvermarktung: Käse (mobile Lohn-Käserei), G. Sanderling
- Fachvortrag von Christopf Felgentreu, DSV, anschl. Feldrundfahrt

Dienstag, 14. Juni 10.00 – 15.30 Uhr

Leguminosen in der Geflügelfütterung (Fleisch, Eier)

Treffpunkt 1: Am Stall von LWK-Präsident G. Schwetje, östlich von 38312 Cramme: Futtererbsen Sortenvergleich
Fachvorträge:

- „Körnerleguminosen in der Monogastridenfütterung“
 - „Feinleguminosen-Blattmasse als Eiweißkomponente“
- Treffpunkt 2: Klostergut Dibbesdorf, Am Markt 5, 38108 Braunschweig, Bernd Barnstorf-Brandes (Bioland):
Legehennen, Erbsensorten/Taubenabwehr

Dienstag, 12. Juli 9:30–15:30 Uhr

Landessortenversuche, Technischeinsatz bei Aussaat

Treffpunkt 1: Klostergut Wiebrechtshausen, 37154 Northeim
Treffpunkt 2: Martin Meyer, Zum Schmiedebrink 18, Einbeck
Fachvortrag von Andrea Meyer (LWK):

„Leguminoseneinsatz in der Schweinefütterung“

Um Anmeldung wird gebeten. Die Veranstaltungen sind kostenfrei. Ein Kostenbeitrag für Essen und Getränke kann vor Ort beglichen werden.

info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de



HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



EZO 341

Besonders artgerechte und umweltschonende Tierhaltung w. v.

kompetent • kollegial • erfahren

Wir gratulieren der Bauernstimme zu 40 Jahren unabhängiger Berichterstattung für die bäuerliche Landwirtschaft und wünschen eine weiterhin steigende Auflage!

  Die NEULAND- und Tierschutzlabel-Bauern in Süddeutschland

AbL Termine

Weitere Termine im Internet unter:
www.abl-ev.de/termine

Weitere AbL Termine
www.abl-ev.de/termine
und auf den Homepages der Landesverbände!

Junge Bäuerinnen und Bauern braucht das Land - Ernährungssouveränität gemeinsam gestalten



Einladung zur jABL-Sommertagung
23.-24. Juni 2016, Hof Jacobi
Mühlentor 28, 34434 Borgentreich-Körbecke

anschließend wird dort am 25.+26. Juni das 40-jährige Jubiläum der "Unabhängigen Bauernstimme" gefeiert

Donnerstag ab 16:00 Uhr:
Ankunft, Anmeldung, Begrüßung, Vorstellung und Abendessen

Freitag ab 21:00 Uhr:
Führungsausflug mit Lagerfeuer und Musik

Impuls + Workshop: Inspiration und Perspektiven für Zukunftserfinder.
u.a. mit *Sibylle Bahmann*
"Wer vergisst, wie man das Land bebaut, vergisst sich selbst"
Gandhi

Input und Austausch über Ernährungssouveränität und Vielfalt
Inputs u.a. von *Paula Giese, Leo Untertschneider und Henrik Maaß*

Vortrag + Diskussion: Bäuerliche Ökonomie
Veronika Benschold-Thomsen

Junges Gemüse trifft alte Hasen
u.a. mit *Georg Janßen, Mike Hasenmeier, Reemund und Heiner Ränge*

Übernachtung in Zelten
Tagungsbeitrag: 25,- €

In Kooperation mit:
Akademie Junges Land

Gefördert von:
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Anmeldung zur Tagung bis 15.6. bei
Carla Proetz, 0178 1626068 und unter
junge-abl@abl-ev.de

weitere Infos zur Tagung unter
www.junge-abl.de

Die Saatgut-Karawane

03.-12. Juni 2016

Idee der Karawane ist der direkte Austausch mit Bäuerinnen und Bauern, die aktiv Saatgutarbeit betreiben. Dabei wollen wir Höfe in Süddeutschland, der Schweiz und Frankreich besuchen, auf denen Saatgutarbeit aus der Landwirtschaft heraus geleistet wird.

Der Reise wird ein Seminar vorangestellt, bei welchem wir uns gezielt mit den politischen Hintergründen sowie der aktuellen Gesetzeslage auseinandersetzen wollen und uns zudem im Dokumentieren und Aufbereiten der Karawane schulen lassen werden.

Auf die Kamele!
Wenn du Lust hast mitzumachen oder Fragen hast, dann schreib uns gerne: seeds@junge-abl.de
<http://seeds.junge-abl.de/de/saatgut-karawane>

ABL Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat
Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, 0173-013 50 92.dibbern-voss@t-online.de
Andrea Kraus, Eckholz 5, 24214 Neuwittenbek, 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de
Geschäftsführung:
Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de
Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnied: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber, Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteledeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum **unabhängige Bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

ABL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witztenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
Luiz Massucati, Tel: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

ABL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der ABL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 103,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 138,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 48,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 73,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: _____ Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die ABL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____



40 Jahre Bilder

Bewegung in der Unabhängigen Bauernstimme (im Uhrzeigersinn von oben links) - im April 2016 gegen TTIP in Hannover, unzählige Male gegen Atomkraft vor dem Brandenburger Tor, im Mai für faire Milchpreise, für eine andere Agrarpolitik vor Ministerien und immer mit Verbrauchern für bäuerliche Landwirtschaft.



b unabhängige bauernstimme: ein Spiegel der Bewegung

06/2016

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.